

Protokoll der Parlamentssitzung

Montag, 27. August 2007, 19.00 - 22.55 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld

Vorsitz: Caminada Ignaz, CVP

Anwesend:	Antenen Peter, FDP	Mäder Anna, SP
	Arm Alfred, SP	Maibach Urs, GB
	Balz Christian, FDP	Matter Brigitta, SD
	Bichsel Bernhard, jfk	Moser Hans, SVP
	Bühler Evelyn, FDP	Oester Daniel, jfk
	Burren Christian, parteilos	Pestalozzi Hansueli, GB
	Egli Claudia, SP	Remund Jan, GFL
	Engi Heinz, FDP	Roth Christian, SP
	Fischli Liz, GB	Rüegsegger Elisabeth, SVP
	Graber Martin, SP	Salvisberg Ueli, SVP
	Gysel Hermann, EVP	Salzmann Christoph, SP
	Henggi Harald, FDP	Sidler Rita, SP
	Herren Thomas, FDP	Staub Hugo, SP
	Hofer Niklaus, SVP	Staub Stephie, SP
	Köhler Hanspeter, FDP	Stucki Mark, FDP
	Krebs Daniel, SVP	Troxler Elisabeth, SP
	Lagger Valentin, CVP	Wyss Ursula, GFL
	Lehmann Stefan, SVP	Zwahlen Rolf, EVP

Entschuldigt:	Berlinger Annemarie, SP	Streiff Marco, EVP
	Stähli Markus, parteilos	

Gemeinderat:	Mentha Luc, SP, Gemeindepräsident	Sedlmayer Katrin, SP
	Wilk Urs, FDP, Vizepräsident	Streiff Marianne, EVP
	Ackermann Judith, FDP	Studer Ueli, SVP
	Haudenschield Rita, GB	

Parlamentssekretär: Heinzer Markus

Protokoll: Spahr Ruth

Geschäfte	Seite
1. Protokoll	139
2. Kommissionersatzwahlen Wahlen; Direktion Bildung und Soziales.....	139
3. IAFP Reglement; Direktion Präsidiales und Finanzen.....	139
4. Park in Liebefeld Kredit; Direktion Umwelt und Landschaft	149
5. Dringliche überparteiliche Motion betr. Beiträge an die organisierte Kinder- und Jugendarbeit Beantwortung 0711; Direktion Bildung und Soziales.....	158
6. Dringliches Postulat SP betr. Immissionsmessungen beim Belagswerk Weibel in Oberwangen Beantwortung 0713; Direktion Umwelt und Landschaft.....	161
7. Dringliches Postulat SP betr. Vorverkaufsstelle für das Stadttheater Bern in einem öffentlichen Gebäude der Gemeinde Köniz Beantwortung 0715; Direktion Bildung und Soziales.....	162
8. Postulat Haudenschild betr. Naturpark Köniztal Abschreibung 0011; Direktion Umwelt und Landschaft.....	--
9. Motion SP/JUSO-Fraktion betr. Gebührenreglement für Privatfahrten auf den Gurten Abschreibung 0326; Direktion Sicherheit	--
10 Motion Ursula Wyss LdU betr. Fahrverbot mit Zubringerdienst für das Eichholzquartier Abschreibung 0417; Direktion Sicherheit	--
11. Motion FDP betr. beeinflussbare und nichtbeeinflussbare finanzielle Verpflichtungen Abschreibung 0515; Direktion Präsidiales und Finanzen	--
12. Überparteiliche Motion betr. Senioreninformation - alles auf einen Blick Beantwortung 0704; Direktion Bildung und Soziales.....	--
13. Interpellation SP betr. "Kultiviert zur Kultur" - Mobilitätskonzept für den Betrieb in den Vidmarhallen Beantwortung 0706; Direktion Planung und Verkehr	--
14. Interpellation FDP betr. Stand der Verkehrsplanung im Gebiet "Weissenstein, Neumatt, Liebefeld" und im Speziellen Kreuzung "Könizstrasse/Waldeggstrasse" Beantwortung 0707; Direktion Planung und Verkehr	--
15. Interpellation Grüne Köniz GB/GFL betr. Erlasse der Zentralen Schulkommission Beantwortung 0709; Direktion Bildung und Soziales.....	--
16. Verschiedenes	163

Begrüssung

Parlamentspräsident Ignaz Caminada: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung. Im Speziellen begrüsse ich die neuen Parlamentsmitglieder Christian Roth (SP), der die Nachfolge von Hermann Schmid antritt, sowie Heinz Engi (FDP), der für den zurückgetretenen Thomas Hänni ins Parlament nachrückt. Im Weiteren begrüsse ich den neuen Parlamentssekretär Markus Heinzer. Ich wünsche dir, Markus, einen guten Start und freue mich auf die Zusammenarbeit mit dir.

Appell

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 37 Parlamentsmitgliedern. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Parlamentspräsident Ignaz Caminada: Das Angebot im Bereich der Newsletter wurde wesentlich erweitert. Für den Gemeinderat ist wichtig, dass die Informationen aus dem Gemeinderat den Parlamentsmitgliedern möglichst schnell zur Verfügung stehen, wofür der Online-Newsletter der idealste Informationskanal ist. Der Gemeinderat geht davon aus, dass sämtliche Parlamentsmitglieder mindestens die Medieninformationen via Newsletter erhalten. Nach einer Prüfung durch den Kommunikationsverantwortlichen, Godi Huber, wurde jedoch festgestellt, dass lediglich 25 Parlamentsmitglieder diesen Informationskanal nutzen. Godi Huber wird die 15 verbleibenden Mitglieder anfragen, ob er den Newsletter in seiner Regie an die entsprechende Adresse aufschalten kann, damit der Informationsfluss gewährleistet ist.

Am Freitag, 26. Oktober 2007, findet die Tagung 2007 zur Agglomerationspolitik statt, an welcher vom Könizer Parlament drei bis fünf Mitglieder teilnehmen können. Die Fraktionen wurden via Parlamentsbüro darüber informiert. Ich bitte die Fraktionspräsidenten, mir nach der Sitzung die entsprechenden Namen mitzuteilen.

Der Gemeinderat beantragte in Bezug auf das am 18. Juni 2007 eingereichte Postulat SP betr. Vaterschaftsurlaub für Gemeindeangestellte (0717) eine Verlängerung der Beantwortungsfrist um vier Monate, d. h. bis 18. Februar 2008. Das Parlamentsbüro gewährte die Fristverlängerung. Ebenso beantragte der Gemeinderat eine Verlängerung der Beantwortungsfrist um zwei Monate, d. h. bis 18. Oktober 2007, für die Interpellation betr. Schaffung von Lehrstellen und Praktikumsstellen (0712), die ebenfalls am 18. Juni 2007 eingereicht wurde. Auch diese Fristverlängerung wurde vom Parlamentsbüro genehmigt.

Im Weiteren findet ein Freundschafts-Fussballspiel zwischen Köniz und Muri-Gümligen statt. Anscheinend sind Verwaltung und Exekutive auf die Verstärkung durch Parlamentsmitglieder angewiesen. Sie werden per E-Mail durch den Parlamentssekretär angefragt.

Folgender Brief erreichte mich: "Sehr geehrter Herr Ratspräsident, lieber Ignaz. Wir möchten Sie hiermit in Kenntnis setzen, dass sich am 16. August 2007 die beiden Ortsparteien, Grüne Freie Liste Köniz und Grünes Bündnis Köniz, per Fusion zusammengeschlossen haben zur Ortspartei Grüne Köniz. Die Bezeichnung der Fraktion GB/GFL ist im Parlament neu anzupassen auf die Fraktion Grüne Köniz. Wir bitten Sie, diese Information dem Ratsbüro, dem Ratssekretariat und dem Parlament mitzuteilen. Mit freundlichen Grüßen, Hansueli Pestalozzi, Fraktionspräsident Grüne Köniz."

Die umfangreichen Unterlagen zu Traktandum 3, IAFP, wurden uns bereits vor den Sommerferien zugesandt, damit genug Zeit für deren Studium bleibt. Für die heutige Sitzung haben wir im Nachversand die Unterlagen zu Traktandum 2, Kommissionersatzwahlen und Traktandum 7, Dringliches Postulat SP betr. Vorverkaufsstelle für das Stadttheater Bern in einem öffentlichen Gebäude der Gemeinde Köniz (0715), erhalten. Zu Traktandum 4 der Parlaments-sitzung vom 17. September 2007, Schloss Köniz Haberhuus, Renovation 3. Etappe, Schulmu-seum, erhielten wir alle eine Einladung des Vereins Pro Schulmuseum für eine Besichtigung des Archivs. Der Aktenversand für die September-Sitzung liegt auf Ihren Pulten.

Die Traktandenliste wird mit folgenden Korrekturen genehmigt: Für Traktandum 9 ist die Direktion Sicherheit zuständig und nicht – wie aufgeführt – die Abteilung Sicherheit. Für Trak-tandum 10 ist die Direktion Sicherheit und nicht – wie aufgeführt – die Direktion Umwelt und

Landschaft zuständig. Für Traktandum 14 zeichnet die Direktion Planung und Verkehr verantwortlich und nicht – wie aufgeführt – die Abteilung Verkehr und Unterhalt.

Die Traktandenliste für die Sitzung vom 17. September 2007 ist relativ kurz. Das Parlamentsbüro nimmt sich deshalb die Freiheit, sollte die heutige Sitzung länger dauern, die Vorstösse ab Traktandum 8 auf diese Parlamentssitzung zu verschieben.

1. Protokoll

Valentin Lager (CVP): Es handelt sich um eine Korrektur formeller Art. In jenen Traktanden, die ich von Harald Henggi als GPK-Sprecher übernommen habe, steht jeweils die Bezeichnung (*GPK-Sprecher in Vertretung des abwesenden Harald Henggi*). In Traktandum 6 auf Seite 121 fehlt diese Bezeichnung jedoch. Ich bitte um Korrektur.

Das Protokoll der Sitzung vom 18. Juni 2007 wird mit folgender Korrektur genehmigt: In Traktandum 6, Rechnungsprüfungsorgan / Revisionsstelle auf Seite 121, wird die Bezeichnung von Valentin Lager (*GPK-Sprecher in Vertretung des abwesenden Harald Henggi*) ergänzt.

2. Kommissionersatzwahlen

Wahlen; Direktion Bildung und Soziales

Für den Rest der laufenden Amtsdauer, d. h. bis 31. Juli 2010, wird als Mitglied der Schulkommission Obere Gemeinde Köniz gewählt:

- Ruth Pose, Wichelackerstrasse 49, 3144 Gasel, parteilos

Parlamentspräsident Ignaz Caminada erklärt die vorgeschlagene Kandidatin als gewählt und wünscht ihr alles Gute im neuen Amt.

3. IAFP

Reglement; Direktion Präsidiales und Finanzen

Parlamentspräsident Ignaz Caminada: An dieser Stelle danke ich dem Gemeindepräsidenten Luc Mentha, der Verwaltung und der Kommission K2005 herzlich für die Informationsveranstaltung, zu welcher wir letzten Montag, 20. August 2007, eingeladen wurden. Sowohl die Unterlagen, die Präsentationen als auch die Diskussionen haben uns den IAFP (Integrierter Aufgaben- und Finanzplan) näher gebracht. Nach der "Ausbildung" vom letzten Montag geht es nun um die politische Würdigung des IAFP.

Christian Burren (parteilos; Präsident Kommission K2005): Die Kommission K2005 – deren Geschichte vor sechs Jahren begann – scheint heute Abend ihrem Ende entgegen zu gehen. Weshalb wurde so viel Zeit benötigt? Der Kompetenzstreit um den finanzpolitischen Einfluss und die Aufgabenüberprüfung zwischen Gemeinderat und Parlament gab Anlass zu langen Verhandlungen, Diskussionen und Kompromissfindungen. Das Parlament wünschte eine Kompetenzverschiebung zu seinen Gunsten. Die finanzielle Steuerung der Gemeinde sollte – da unbefriedigend – nicht mehr in einzelnen Budgetposten vorgenommen werden, sondern eine neue Lösung gesucht werden. Ausserdem wünscht das Parlament, dass das Budget für den Laien besser lesbar und interpretierbar wird. Man will wissen, welche Leistungen in welcher Menge wie viel kosten. Man will ein Instrument, um dem Gemeinderat finanzpolitisch klare Aufträge zu erteilen. NPM (New Public Management), das von allen Seiten gelobt wird, ist sicher ein guter Ansatz, barg in unseren Augen jedoch die Gefahr, zu einer Papierflut auszuarten. Genau das wollte vermieden werden. Die Kommission K2005 beteiligte sich sehr aktiv an der Erarbeitung des IAFP. Die Kommission K2005 bildete einen Ausschuss, um effektiver und aktiver zu arbeiten und die Sitzungen der Gesamtkommission besser vorzubereiten. Mit dieser Massnahme gelang es, den Weg für einen Konsens zwischen der Kommission K2005 und Gemeinderat zu ebnen. Bis auf einen einzigen kleinen Punkt konnten sich Gemeinderat und die Kommission K2005 einigen.

Das Parlament erhält mit dem IAFP eine so genannte "NPM-Light"-Lösung. Mit der Aufteilung der Aufgaben in Produkte und Produktgruppen und einem klaren Bezug zu den Budgetposten gemäss HRM (Harmonisiertes Rechnungsmodell) wird das Budget für uns Parla-

mentsmitglieder hoffentlich wieder lesbarer sein. Mit dem Planungsbeschluss, der uns letzten Montag anlässlich der Vorstellung des IAFP eingehend dargestellt wurde, erhält das Parlament ein neues Instrument, um den Einsatz der frei verfügbaren finanziellen Mittel der Gemeinde Köniz verbindlich zu beeinflussen. Damit können Kosten und Nutzen der einzelnen Aufgaben überprüft und nötigenfalls angepasst werden. Die Budgetdebatte soll damit wieder zu einer finanzpolitischen Diskussion werden und nicht mehr in Detaildiskussionen ausarten, welche nichts bewirken. Der IAFP wird sicher keine Papierflut auslösen. Die Mitglieder der Kommission K2005 sind überzeugt, dass damit zu einer zusätzlichen Transparenz beigetragen wird. Unbestritten ist, dass durch die Entwicklung des IAFP Kosten – wenn auch nicht überwältigend hohe – entstanden sind. Ich hoffe jedoch, dass sich auch hier Kosten und Nutzen in einem guten Verhältnis treffen. Mit dem IAFP erhalten Parlament wie auch Gemeinderat ein gutes Führungsinstrument. Die politische Diskussion heute wird zeigen, ob das Parlament dieser Meinung ist. Was lange währt wird – hoffentlich – endlich gut. Die Kommission K2005 beantragt dem Parlament einstimmig, den IAFP und das IAFP-Reglement anzunehmen.

Ich gebe noch die Position der SVP-Fraktion bekannt: Wir haben uns eingehend mit dem IAFP und dem dazugehörigen Reglement auseinandergesetzt. Wir sind der Meinung, der IAFP sei eine gute Basis, um in die Zukunft zu starten. Die SVP-Fraktion verspricht sich damit konstruktivere Budgetdebatten und eine leistungsbezogene Steuerung der Gemeindefinanzen. Die SVP-Fraktion wird der Vorlage einstimmig zustimmen.

Valentin Lagger (CVP): Verschiedenes geht heute Abend zu Ende; Anderes beginnt und wird – so wird allgemein gehofft – zu mehr Transparenz und somit zu effizienterem politischen Handeln führen. Zu Ende geht ein langer Weg – ab und zu ein Leidensweg – einer Kommission, die vor mehr als 7 Jahren als nichtständige Kommission ins Leben gerufen wurde. Zu Ende geht auch eine Zeit, in welcher als "running gag" immer wieder gesagt werden konnte, die Kommission K2005 sei eine zukunftsgerichtete Kommission. Die Kommission K2005 ist nun am Ende ihrer Arbeit, nun ist eine andere Abkürzung – IAFP – Trumpf. Genau dieser IAFP soll dem Parlament eine massiv erhöhte Transparenz und damit bessere Informationen zur Umsetzung unserer Politik bringen. Die Idee ist bestechend und simpel. Höhere Transparenz bringt besser informierte Parlamentsmitglieder, die somit bessere Entscheide treffen können. In diesem Sinn treten wir heute wahrscheinlich in eine neue politische Ära ein. Es liegt nun an uns, die neuen Instrumente auf intelligente Art und Weise zu nutzen. Die CVP/EVP-Fraktion hat Freude am heute vorliegenden Ergebnis. Die Kommission K2005 und der Gemeinderat haben sich – auch das wurde bereits erwähnt – in fast allen Punkten geeinigt. Wir hoffen in diesem Sinne sehr, dass der IAFP heute verabschiedet wird und in Kraft gesetzt werden kann.

Zu zwei Details des Geschäftes möchte ich trotz allem das Wort ergreifen: Das Budget der Gemeinde Köniz wird heute, inklusive IAFP, auf drei verschiedene Arten dargestellt. Einerseits in der Gliederung nach Direktionen und innerhalb dieser Gliederung ist jede Position gemäss HRM-Kriterien unterteilt. Andererseits wird dieses Budget in eine vom Kanton vorgegebene Aufgliederung "übersetzt", die innerhalb jeder Position auch wieder nach HRM-Kriterien unterteilt ist. Schliesslich erfolgt noch eine Übersetzung in den vor uns liegenden IAFP. Dieser ist innerhalb seiner Produkte nicht in HRM-Kriterien unterteilt. Ich denke, dass mindestens eine dieser drei Darstellungsarten aus verwaltungsökonomischer Sicht zu viel ist. Weiter ist es etwas verwirrend und im Moment noch etwas unschön, dass das Parlament zwar Transparenz im IAFP findet, diesen jedoch nur zur Kenntnis nehmen kann und parallel das Gleiche – aber in einer anderen Darstellungsweise – im nach Direktionen aufgegliederten HRM-Budget verbindlich beschliessen muss. Ich bin jedoch damit einverstanden, dass es sinnvoll ist, eine solche Testphase mit dem neuen Instrument anzugehen, damit kontrolliert werden kann, ob der IAFP die korrekten Zahlen enthält und nicht noch Fehler zwischen HRM und IAFP vorhanden sind. Ziel der versprochenen Evaluation sollte sein, dass mindestens eine der Darstellungsarten verschwinden wird und das Parlament den IAFP oder mindestens die Zusammenstellung der Budget- und Rechnungszahlen, irgendeinmal in Zukunft verbindlich beschliessen kann.

Der IAFP "Marke Köniz" ist ein einzigartiges Ergebnis. Das ist einerseits absolut positiv, andererseits aber möchte ich zu bedenken geben, dass keine Vergleichsmöglichkeiten vorhanden sind. Wir haben verschiedene Instrumente von NPM genommen, diese zum Teil genau so

angewendet, zum Teil aber sinnvoll auf Könizer Verhältnisse angepasst. Das Könizer System ist mit keinem anderen vergleichbar. Die äusserst bewegte Geschichte von K2005 ist zu Ende. Viele haben im Laufe der 7 Jahre den einen oder anderen politischen Gegner "ins Pfefferland" gewünscht. Aus demselben sind jedoch immer wieder alle zurückgekehrt und dürfen nun stolz auf die Pflanze IAFP sein, die wir nun behutsam giessen und weiter entwickeln wollen. Ich hoffe – so das Bild vom letzten Montag – dass wir die Pflanze IAFP heute zum ersten Mal giessen können und bitte Sie, den vorgelegten Antrag des Gemeinderates anzunehmen.

Hugo Staub (SP): Das zur Diskussion stehende Massnahmenpaket soll dem Parlament einen Systemwechsel von einer kurzfristigen und kontenorientierten zu einer mittelfristigen und aufgabenorientierten Steuerung der Gemeindefinanzen bringen. Das ist gut so. Wir haben heute eine unseres Erachtens sehr innovative Lösung vor uns liegen. Wir betreiben keinen falschen Perfektionismus. Wir haben die Lehre aus guten und weniger guten Beispielen anderer Gemeinden ziehen können. Die SP-Fraktion erklärt sich mit dem Vorliegenden zufrieden. Insgesamt wurde eine sinnvolle Startaufstellung für den IAFP definiert, die nach einigen Jahren, sollte tatsächlich Bedarf bestehen, immer noch korrigiert werden kann. Im Moment ist das unseres Erachtens nicht notwendig. Wir können nun loslegen und Erfahrungen sammeln. Die SP-Fraktion nimmt zustimmend Kenntnis vom IAFP und vom Dokument Produktbeschreibungen und wird allen weiteren Anträgen des Gemeinderates zustimmen. Eigentlich handelt es sich ja nicht um Anträge des Gemeinderates, sondern um eine Koproduktion von Gemeinderat und Kommission K2005. Das Geschäft wurde in der Kommission K2005 intensiv behandelt, bis alle Punkte geklärt und tragfähige Lösungen definiert waren. Das eine oder andere Mal sprang der Gemeinderat über seinen eigenen Schatten. Aus Sicht der Kommission K2005 ist ein sehr wichtiger Punkt, dass der Planungsbeschluss nicht nur für die Fokus-Produktgruppen, sondern für alle Produktgruppen angewendet werden kann. Das ist ein wesentlicher Punkt für eine nicht nur kurzfristige, sondern auch mittelfristig aufgabenorientierte Steuerung der Gemeindefinanzen durch das Parlament.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit Christian Burren für seine umsichtige und gute Arbeit als Präsident der K2005 herzlich danken. Er trug mit seinem Geschick wesentlich dazu bei, dass die Kommission K2005 am Schluss einstimmige Beschlüsse fassen konnte. Auch dem heutigen Gemeinderat kann gedankt werden. Die Kommissionsarbeit war in diesen 7 Jahren nicht immer erspriesslich, zwischenzeitlich wurden harzige Zeiten durchlebt. In den letzten beiden Jahren ist es nun jedoch gelungen, Verbesserungen herbeizuführen. Die Kommission K2005 konnte eine geschlosseneren Haltung entwickeln. Auch vonseiten des Gemeinderates stiessen wir auf grösseres Verständnis für die Anliegen der Kommission K2005. Schlussendlich etablierte sich eine sehr gute Zusammenarbeit zwischen Kommission K2005 und Gemeinderat. Vor diesem Hintergrund kann von Folgendem ausgegangen werden: Wenn in Zukunft zu Beginn einer neuen Legislatur wiederum neue Fokus-Produktgruppen und Indikatoren zu definieren sind, soll das in diesem Sinn und Geist geschehen und abgewickelt werden wie in den letzten zwei Jahren.

Ich bitte Sie, den vorliegenden Anträgen zuzustimmen. Wir haben lange genug auf Änderungen gewartet, nun sollen sie beschlossen und umgesetzt werden.

Jan Remund (GFL): Der schwierige Start der Kommission K2005 wurde bereits mehrmals angesprochen. Das führte zu einem langen Weg, was aber auch seine Vorteile haben kann. Somit bestand die Möglichkeit, von den Erfahrungen anderer Gemeinden zu profitieren und zuletzt einen Konsens zu finden. Der IAFP ist in den Augen der Grünen Fraktion ein gutes Resultat.

Ich möchte vier positive Gründe herausstreichen: Die Sicht auf die Produkte ist wichtig. Die Blumen interessieren mich als Parlamentarier mehr als die Anzahl und Grösse der Löcher einer Giesskanne. Die Mehrjahresplanung ist sinnvoll für ein strategisches Organ. Der Planungsbeschluss stärkt das Parlament. Es handelt sich um eine "NPM-Light"-Version. Die Nachteile eines totalen NPM-Programms konnten somit umgangen werden.

Ich habe jedoch auch vier kritische Punkte anzubringen: Das "NPM-Light"-Modell Köniz ist ein neuer Weg, teilweise auch eine Gratwanderung. Das Modell muss sich im Detail noch bewähren. Ich bin froh, dass eine Evaluation vorgesehen ist. Damit ist gesichert, dass auf allfällige Fehler eingegangen werden kann. Beim Planungsbeschluss wird sich zeigen, wie gut er eingesetzt werden kann. Ich hoffe nicht, dass im Parlament Grabenkämpfe um einzelne Posten

geführt werden. Ein weiterer Nachteil ist, dass das Parlament nach wie vor das nicht stufengerechte HRM verabschieden muss. Ich hätte mir eher mehr Fokusgruppen gewünscht, wo ich die Gefahr der Überforderung weniger sehe als beim HRM-Budget.

Fazit: Die Übersicht und Kontrolle wird durch den IAFP eindeutig verbessert. Die Steuerungsmöglichkeiten sind wahrscheinlich auch verbessert, allerdings ist nach wie vor das Meiste durch gesetzliche Aufgabenerfüllung vorgegeben. Die Grünen Köniz unterstützen alle Anträge des Gemeinderates.

Mark Stucki (FDP): Es wäre falsch zu meinen, wir seien heute mit der Verabschiedung der IAFP-Vorlage am Ziel angelangt; auch wenn der Weg lang war. Die Herausforderung der Umsetzung und Anwendung der integrierten Aufgaben- und Finanzplanung kommt erst auf uns zu. Damit habe ich zugleich erklärt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Uns liegt heute ein gutes und sinnvolles Instrumentarium für die künftige finanzpolitische Arbeit in der Gemeinde Köniz vor. Das Instrumentarium ist nüchtern und geht vom Möglichen aus. Wir befinden uns heute auch in einer gesunden Distanz zum "NPM-Hype" der Neunzigerjahre. Letztes Jahr publizierte die Uni Bern eine Evaluation des flächendeckenden NPM-Modells in der Stadt Bern. NPM führe in der Stadt Bern zu mehr Kostentransparenz und Kostenbewusstsein und zu besseren Steuerungsmöglichkeiten. Das wollen wir in der Gemeinde Köniz auch und das ist der Grund für die ganze "Übung". Die Integration von Finanz- und Investitionsplan und die Verknüpfung mit der Legislaturplanung, zusammen mit der Strukturierung und Beschreibung der Produkte, der Zielformulierung und der übersichtlichen Darstellung, sind in meinen Augen beispielhaft. NPM hat gemäss der Berner Studie auch zu mehr Verunsicherung, bürokratischem Leerlauf, Aufwand und Problemen in der Umsetzung geführt. Das wollen wir mit Garantie nicht. Gerade deshalb ist unser "NPM-Light"-Modell richtig. Damit wird Transparenz flächendeckend geschafft und mit dem Planungsbeschluss haben wir ein ebenfalls flächendeckendes Steuerungsinstrument. Dort, wo es um Detailkennzahlen, Indikatoren und Messungen geht, sind wir selektiv und legen einen politisch gewählten Fokus temporär auf Produktgruppen. NPM-Puristen werden heute Abend nicht glücklich. Jenen jedoch, die primär eine verbesserte Transparenz, ein verstärktes Kostenbewusstsein in der Verwaltung und verbesserte Steuerungsmöglichkeiten wollen, geht es heute vermutlich besser. Deshalb ist es für die FDP/jfk-Fraktion selbstverständlich, die Vorlage zu unterstützen.

Heute liegt uns das Resultat langer Diskussionen und damit ein Kompromiss vor. Die Auseinandersetzungen waren nicht parteipolitischer Art, sondern es ging jeweils um die Sache. Häufig ging es um Kompetenzen und Verbindlichkeiten. Die Auseinandersetzungen wurden in der Kommission K2005 durchaus konstruktiv geführt, wir werden sie auch heute in der Detailberatung teilweise führen müssen. Wir haben somit ein Etappenziel erreicht. Es liegt nun an allen Beteiligten, die nächste Etappe anzugehen; Probleme und Fragezeichen werden kommen. Ich habe gewisse Bedenken, was die EDV-mässige Umsetzung angeht. Weiter wird die Verwaltung beweisen müssen, dass sie sowohl die Fachkompetenz wie den Willen hat, das Modell umzusetzen. Auch der Gemeinderat wird in Zukunft das eine oder andere Mal über seinen Schatten springen müssen. Auch auf uns Parlamentsmitglieder werden Herausforderungen zukommen. Ich kann nicht verhehlen, dass der Planungsbeschluss zwar ein an und für sich tolles Mittel ist; gleichzeitig bin ich aber skeptisch, ob wir selber fähig sind, dieses Mittel gut, sachbezogen und vor allem trennscharf gegenüber anderen parlamentarischen Instrumenten einzusetzen. Der Planungsbeschluss darf weder brach liegen noch soll er in blindwütigem politischem Aktivismus dem Gemeinderat "um die Ohren gehauen" werden. Zentral ist die Evaluation. Wir gehen mit dem IAFP-Modell neue Wege. Unsicherheiten und Korrekturbedarf sind vorhanden. Nur wenn die Umsetzung von Anfang an systematisch begleitet wird, können wir auch in dieser Etappe ans Ziel gelangen. Unsere Fraktion tritt auf das Geschäft ein und nimmt zustimmend Kenntnis vom Modell und den Produktebeschreibungen, wird die vorgeschlagenen Fokusproduktgruppen unterstützen und ist mit der Abschreibung der Vorstösse sowie der Auflösung der Kommission K2005 einverstanden.

Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich danke im Namen des Gemeinderates herzlich für die Blumen und die gute Aufnahme der Vorlage. Wenn ich auf die Kommissionsarbeit zurückblicke – ich selber, zusammen mit dem neuen Gemeinderat, überblicke von diesen 7 Jahren "nur" einen Zeitraum von 3 Jahren –, muss ich sagen, dass die Zusammenarbeit konstruktiv war. Das Geschäft war nicht parteipolitisch geprägt, sondern es handelte sich darum, an der Grenzlinie zwischen Legislative und Exekutive eine Feinjustierung vorzunehmen, die mit dem

Wunsch der Parlamentsmitglieder im Zusammenhang steht, in den finanzpolitischen groben Linien einen besseren Einfluss wahrzunehmen. Sehr vieles wurde in den einleitenden Voten sehr richtig gesagt. Ich schliesse mich insbesondere dem Sprecher der FDP-Fraktion an, der erklärt hat, man befinde sich noch nicht am Ziel. Ich gehöre zu jenen ganz wenigen, der – seinerzeit als Parlamentarier – den Vorstoss über die Einführung von Produktgruppenbudgets nicht unterzeichnet hat. Meine Grundhaltung war und bleibt skeptisch. Ich werde jedoch konstruktiv bleiben.

Ich gebe zwei, drei Stichworte, welche meine konstruktiv skeptische Haltung etwas untermauern: Wir müssen uns bewusst sein, dass der vorhandene Handlungsspielraum durch die Einführung des IAFP nicht grösser wird. Er liegt nach wie vor bei 5 bis 15 Prozent. Will man im Bereich der Zusprechung von Mitteln eingreifen, kann – ohne Reduktion des Dienstleistungsniveaus – nur in sehr seltenen Fällen eine Effizienzsteigerung herausgeholt werden. Der Gemeinderat ist der Meinung, die Könizer Gemeindeverwaltung sei vergleichsweise schlank organisiert. Was sich ganz sicher verbessern wird, ist die Transparenz. Besonders in jener Hinsicht, dass nicht mehr einfach Mittel gestrichen werden können, sondern, dass parallel dazu aufgezeigt werden muss, wo Abstriche bei den Dienstleistungen vorzunehmen sind. Dass das Budgetierungsverfahren nicht gewechselt wird und keine Globalbudgets eingeführt werden, ist ein eindeutiger Vorteil. Dazu erwähne ich vor allem die Personalkosten: Aus Modellen verschiedener Städte, die gemäss Globalbudgets vorgehen – wo eine Abteilungsleitung ein Nettodefizit verantworten muss –, ist ersichtlich, dass durch die Umstrukturierung des Personalkörpers ein Spielraum entstehen kann, der durch die Abteilungsleitungen mit der zusätzlichen Anstellung von Personal genutzt wird. Das führt in der Struktur der Personalkosten zu einem Ausgabenwachstum. Das ist in Köniz nicht der Fall, weil immer noch gemäss altem System budgetiert wird.

Der Gemeinderat ist sehr froh, dass das Projekt in gegenseitigem Vertrauen beraten werden konnte und dazu beiträgt, das Vertrauen zwischen Exekutive und Legislative zu stärken. Ich hoffe auch, dass in der Umsetzungsphase, wo noch einige offene Fragen bestehen, weiterhin mit diesem Grundverständnis zusammengearbeitet werden kann. Mich freut die Miliztauglichkeit des IAFP. Ich persönlich bin überzeugt, es sei richtig, einige Produktgruppen in den Fokus zu nehmen und nicht flächendeckend alles. Ein Milizparlament kann sich in meinen Augen sehr wohl einige Jahre auf ein Dienstleistungspaket konzentrieren. Ist dieses auf Herz und Nieren geprüft, kann man sich dem nächsten zuwenden. Diese Vorgehensweise wird einem Milizparlament gerecht. Sämtliche Dienstleistungen in allen Schattierungen, mit Indikatoren und Standards, jedes Jahr genau zu prüfen, ist für ein Milizparlament nicht machbar. Es gibt den berühmten Satz: Will man eine Idee bekämpfen, bestehen zwei Möglichkeiten: Man stellt sich dagegen und lehnt sie ab oder man trimmt sie bürokratisch dermassen auf Perfektion, dass sie in sich selber zusammenfällt.

Der Planungsbeschluss steht jedoch nicht für Alles und Jedes zur Verfügung. An der Informationsveranstaltung haben wir versucht, das aufzuzeigen. Es gibt gewisse Überschneidungen zu den übrigen parlamentarischen Vorstössen. Planungsbeschlüsse dürfen nicht zu pauschal sein, wie z. B. alle Personalkosten in globo in den Blick nehmen. Sie dürfen auch nicht zu operativ die Umsetzung des Gewünschten in Massnahmen vorgeben. Wenn die ersten Planungsbeschlüsse beraten werden, wird dies eine ganz wichtige "guideline" sein. Ganz grosser Zufall und Vorteil für uns ist, dass der Koordinator des IAFP, Markus Heinzer, der das Modell durch seine Tätigkeit sehr gut kennt, nun neu Parlamentssekretär ist. Von diesem Know-how müssen Sie als Parlamentsmitglieder unbedingt profitieren, wenn es um die Umsetzung der ersten Planungsbeschlüsse und die ersten Diskussionen betreffend IAFP geht. Dies, damit wir nicht plötzlich in Planungsbeschlüssen ertrinken.

Noch ein Wort zu den so genannten Fokus-Produktgruppen: Ich bestätige hier, dass es sich bei der Festlegung der Fokus-Produktgruppen um einen Aushandlungsprozess handeln muss. Bei komplexen Geschäften im Gemeinderat war dies immer Praxis. Damit wurde vermieden, dass die GPK ein Geschäft erst kurz vor der Sitzung erhielt und dieses nur noch bejahen, verneinen oder zurückweisen konnte, weil für eine sorgfältige Prüfung keine Zeit mehr blieb. Der Gemeinderat wird jeweils frühzeitig – ich denke bis Mitte Jahr – die Fokusgruppen zuhänden GPK und Parlament verabschieden, damit einige Monate Zeit bleiben, um diese mit den Indikatoren zu bereinigen. Ein Vorteil des Modells der Gemeinde Köniz ist, dass wir im Vergleich zu anderen Gemeinden relativ günstig im Bereich der Kostenfolgen des Pro-

grammes bleiben. Ich halte es persönlich eher für unwahrscheinlich, ohne Stellenverstärkungen auszukommen, namentlich in der Finanzabteilung, obwohl wir dies wenn möglich zu vermeiden versuchen.

Ich will mit meinem Schlussvotum die gute Stimmung nicht mindern, merke jedoch Folgendes an: Es ist in meinen Augen irritierend, wenn in der Zeitung "Bund" in einem Artikel zur angespannten Finanzsituation der Stadt Bern – die Stadt Bern arbeitet mit einem totalen NPM-Budget – der FDP-Präsident, Stadtrat Balmer, erklärte, das Parlament könne in der finanzpolitischen Steuerung nur zwei Dinge vornehmen: Lineare Kürzungsanträge und die Heraufsetzung des Steuersatzes. Ich gebe diese Äusserung lediglich zur Relativierung und zur Veranschaulichung der Bemerkung von Mark Stucki weiter, dass wir noch nicht am Ziel sind.

Parlamentspräsident Ignaz Caminada hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Detailberatung

IAFP-Reglement

Art. 3

Christian Burren (parteilos; Präsident K2005): Ich möchte die einzige Differenz, die zwischen der Kommission K2005 und dem Gemeinderat bestand, zur Diskussion bringen: In Art. 3 Abs. 2 wurde Ihnen der Vorschlag "Der Gemeinderat legt die Produktgruppen fest" unterbreitet. Die Kommission K2005 stellt mit 5 : 4 Stimmen den Antrag, Abs. 2 wie folgt zu formulieren. "Das Parlament legt auf Antrag des Gemeinderates die Produktgruppen fest."

Parlamentspräsident Ignaz Caminada: Ich schlage vor, die Beratung über den Änderungsantrag gleich zu führen.

Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich verdeutliche die Position des Gemeinderates, die in den Erläuterungen auf Seite 6 dargelegt ist. Die Produktgruppe ist eine Art Klammer um verschiedene Produkte, welche Dienstleistungspakete beinhaltet und thematisch ähnliche Produkte zur besseren Übersicht zusammenfasst. Die Bedeutung dieser Klammer ist im Könizer Modell sehr gering. Ausser auf die Darstellung von Produkten und Produktgruppen im IAFP hat sie keine weiteren Folgen. Für das Parlament bestehen über den Planungsbeschluss Einflussmöglichkeiten auf die einzelnen Produkte, und aus diesem Grund scheint es uns sinnvoll, wenn der Gemeinderat die Produktgruppen im Sinn einer Zusammenfassung von Produkten festlegt.

Der Antrag auf Änderung von Art. 3 Abs. 2 wird mit 19 : 15 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Art. 3 Abs. 2 lautet neu: "Das Parlament legt auf Antrag des Gemeinderates die Produktgruppen fest."

Art. 4

Christian Burren (parteilos; Präsident K2005): Zu diesem Artikel werden Ihnen noch Unterlagen verteilt. An der Informationsveranstaltung vom 20. August 2007 wurde diskutiert, wer die Fokus-Produktgruppen festzulegen habe. Das ist nirgends im Reglement genau festgehalten. In den Erläuterungen auf Seite 6 ist lediglich erwähnt, dass die GPK vom Antrag des Gemeinderates abweichen und dem Parlament einen anderen Vorschlag unterbreiten kann. Das habe ich zusammen mit Kommissionsmitgliedern und dem Gemeindepräsidenten eingehend diskutiert und wir sind der Meinung, dass die Erläuterungen zu Art. 4 wie folgt ergänzt werden sollten: "Zuständigkeit. Es wird vorgeschlagen, dass das Parlament die Fokus-Produktgruppen (*mit den Indikatoren*) auf Antrag des Gemeinderates beschliesst. Das entspricht dem üblichen Ablauf bei Geschäften in der Zuständigkeit des Parlamentes. *Der Gemeinderat wird darauf achten müssen, seinen Antrag frühzeitig (bis Mitte Jahr) zuhanden GPK und Parlament zu verabschieden, damit der GPK Zeit für mehrere Sitzungen und für eine Bereinigung mit dem Gemeinderat bleibt.* Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass die GPK vom Antrag des Gemeinderates abweicht und dem Parlament einen anderen Vorschlag unterbreitet." Somit ist klar definiert, wer die Fokus-Produktgruppen inklusive Indikatoren und Zielen definiert.

Gemeindepräsident Luc Mentha: Die Ihnen ausgeteilten Unterlagen sind Ergänzungen zu den Erläuterungen zu Art. 4, welche für den Gemeinderat massgebend sind.

Der Antrag auf Änderung der Ergänzungen zu Art. 4, Fokus-Produktgruppen wird grossmehrheitlich angenommen. Sie lauten neu: "Zuständigkeit. Es wird vorgeschlagen, dass das

Parlament die Fokus-Produktgruppen (mit den Indikatoren) auf Antrag des Gemeinderates beschliesst. Das entspricht dem üblichen Ablauf bei Geschäften in der Zuständigkeit des Parlamentes. Der Gemeinderat wird darauf achten müssen, seinen Antrag frühzeitig (bis Mitte Jahr) zuhanden GPK und Parlament zu verabschieden, damit der GPK Zeit für mehrere Sitzungen und für eine Bereinigung mit dem Gemeinderat bleibt. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass die GPK vom Antrag des Gemeinderates abweicht und dem Parlament einen anderen Vorschlag unterbreitet."

Art. 7

Thomas Herren (FDP): Ich stelle Antrag auf Streichung von Art. 7 und begründe dies wie folgt: "Ein Planungsbeschluss ist für den Gemeinderat grundsätzlich verbindlich", steht geschrieben. Ich frage mich nun, wie die Aussage "grundsätzlich verbindlich" zu verstehen ist, denn ein Beschluss ist entweder verbindlich oder unverbindlich, etwas anderes gibt es nicht. Im Berufsleben bin ich Jurist und der Meinung, wenn etwas verbindlich beschlossen ist und trotzdem Ausnahmen für gewisse Fälle gewährt werden sollen, die als sachgerecht betrachtet werden, muss das im Reglement festgehalten werden. Eigentlich wollte ich den Antrag stellen, dass die Fälle, in welchen der Gemeinderat vom Planungsbeschluss abweichen kann, hier explizit festgehalten werden. Ich suchte in den Erläuterungen zu Art. 7 Anhaltspunkte, was für Fälle eintreten könnten, die eine begründete Abweichung vom Planungsbeschluss rechtfertigen. Ich fand jedoch nichts. Es steht lediglich geschrieben: "Die vorgeschlagene Formulierung lehnt sich an die Regelungen in anderen Gemeinwesen an." Das stimmt, ist jedoch nur die halbe Wahrheit, darauf werde ich noch zurückkommen. Weiter steht: "Der Gemeinderat wird von dieser Möglichkeit nur zurückhaltend Gebrauch machen und nicht ohne Not von einem Planungsbeschluss abweichen." Was heisst Zurückhaltung ohne Not? Damit ist immer noch nicht klar, in welchen Fällen der Gemeinderat vom Planungsbeschluss abweichen kann. In den Unterlagen, die wir anlässlich der Informationsveranstaltung erhalten haben, suchte ich nach der Nennung von möglichen Gründen. "Änderung des gesetzlichen Rahmens". Ein Planungsbeschluss muss im Rahmen des gesetzlichen Rahmens sein, ansonsten ist er nicht vollziehbar. "Eine dramatische Änderung der Finanzlage", "unvorhergesehenes Ereignis", "neue Erkenntnis", "neu aufgetauchte Widersprüchlichkeit". Auch hier bin ich der Meinung, dass diese Begründungen nicht viel weiter helfen. Wenn Art. 7 in der heutigen Formulierung als Nennwert genommen wird, gibt sich das Parlament damit ein neues Instrument – den Planungsbeschluss –, schafft sich somit eine neue Kompetenz, die es jedoch gleichzeitig dem Gemeinderat wieder abtritt. Der Gemeinderat kann "in begründeten Fällen" abweichen. Im Reglement ist keine Handhabe vorhanden, wie die Abweichung zu begründen ist. Der Gemeinderat kann erklären, eine Begründung zu haben, um diese jedoch zu erfahren, muss das Parlament zu anderen parlamentarischen Instrumenten greifen. Ich frage mich, weshalb sich das Parlament hier diese Zurückhaltung auferlegen soll. Ist der Gemeinderat der Meinung, das Parlament könnte zu oft Gebrauch vom Planungsbeschluss machen? Ist er der Meinung, das Parlament sei nicht in der Lage, das neue Instrument sachgerecht einzusetzen? Im Reglement ist in Art. 9 das Verfahren für das Zustandekommen eines Planungsbeschlusses festgelegt. Das Verfahren ist vernünftig und enthält inhaltliche Sicherungen, die gewährleisten, dass nur Wohlüberlegtes für einen Planungsbeschluss beantragt werden kann. Für die Antragstellung sind 15 Parlamentsmitglieder notwendig und der Gemeinderat kann zum Antrag Stellung nehmen. Hier kann er seine allfälligen Bedenken zu einem Planungsbeschluss vorbringen. Das muss in meinen Augen nicht über eine juristisch doch fragwürdige Formulierung mit einer grundsätzlichen Verbindlichkeit abgesichert werden. Ich frage mich, weshalb dies in der Vorprüfung vom AGR (Amt für Gemeinden und Raumordnung) nicht beanstandet wurde.

Christian Burren (parteilos; Präsident K2005): Art. 7 wurde in der Kommission K2005 vertieft diskutiert. Weshalb dieser – wenn ich es so nennen darf – "Gummiartikel" zustande gekommen ist, erläutere ich wie folgt: Ursprünglich wollte der Gemeinderat das Instrument des Planungsbeschlusses nur auf den Fokus-Produktgruppen zulassen. Er erklärte, auf den Nichtfokus-Produktgruppen möchte er dem Parlament den Planungsbeschluss nicht gewähren. Nach einigem Hin und Her einigte man sich auf den Kompromiss, den Planungsbeschluss flächendeckend zuzulassen, damit auch für jene Produktgruppen die nicht im Fokus stehen. Im Gegenzug räumte die Kommission K2005 dem Gemeinderat ein, in begründeten Fällen davon abweichen zu können. Wenn wir nun als Parlament das Gefühl haben, der Fall sei nicht

begründet, besteht die Möglichkeit im HRM-Budget kontenscharf einzugreifen. Dies mit dem Unterschied, dass der Gemeinderat nicht mehr 1 Jahr Zeit hat, sich die Umsetzung zu überlegen, sondern maximal 2 Monate. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, Art. 7 nicht zu streichen. Eine allfällige Änderung zu einem späteren Zeitpunkt kann mittels einer Motion vorgenommen werden. Die Mehrheit der Kommission K2005 war der Meinung, Art. 7 zu belassen.

Valentin Lager (CVP): Die CVP/EVP-Fraktion unterstützt den Antrag auf Streichung von Art. 7. Weshalb? Erstens erklärte Christian Burren vorhin, dass in der Kommission K2005 eine Minderheit der Streichung von Art. 7 zustimmte. Zweitens gehen wir mit dem Antragsteller einig, dass Art. 7 ein so genannter Gummiartikel ist. Wenn in einem Gesetz erklärt wird, etwas sei grundsätzlich verbindlich, ist es genau so grundsätzlich nicht verbindlich. Wie Thomas Herren bereits erwähnt hat, lehnt sich die Erläuterung zu Art. 7 an Formulierungen anderer Gemeinwesen an. Hier komme ich auf mein Eintretensvotum zurück: Die Gemeinde Köniz hat ein einzigartiges Modell entwickelt, das sich nicht vergleichen lässt. Richtig ist, dass die in Art. 7 aufgeführte Formulierung "der Planungsbeschluss ist grundsätzlich verbindlich" z. B. im entsprechenden Reglement des Kantons Solothurn aufgenommen ist. Das Reglement des Kantons Solothurn enthält jedoch drei Instrumentarien, mit denen das Parlament den Planungsbeschluss trotzdem verbindlich erklären kann. Das ist aus meiner Sicht nicht sehr intelligent, da damit nur unnötig Zeit verschwendet wird.

Hugo Staub (SP): Wie Christian Burren bereits erwähnte, ist Art. 7 das Ergebnis längerer Diskussionen und eines Kompromisses. Aus rein juristischer Sicht kann man an dem einen oder anderen Wort keine grosse Freude haben. Wenn jedoch die Diskussion berücksichtigt wird, macht es Sinn, Art. 7 bestehen zu lassen, zumal wir heute darüber entscheiden, wie wir den IAFP angehen wollen und nicht über ein Reglement, das für die Ewigkeit erstellt wird. Wird in der Praxis festgestellt, dass Schwierigkeiten in der Umsetzung und dem Handling der Planungsbeschlüsse bestehen, wird der eine oder andere Artikel – gestützt auf die konkreten Erfahrungen – angepasst werden. Ich bezweifle, dass die beantragte Streichung notwendig ist und beantrage, der Kommissionsmehrheit zu folgen und Art. 7 zu belassen.

Thomas Herren (FDP): Nach dem Votum von Hugo Staub möchte ich einige Worte zur Praktikabilität sagen. Über meinen Antrag können wir heute zwar abstimmen, damit ist die Sache jedoch noch nicht abgeschlossen. In den Schluss- und Übergangsbestimmungen des Reglementsentwurfes in Art. 12 ist enthalten, dass die Art. 6 - 11 erst dann in Kraft treten, wenn ihre Grundlage in der Gemeindeordnung in Kraft tritt. Das ist richtig, aber auf Stufe Gemeindeordnung, wo das Instrument Planungsbeschluss definiert wird, muss festgehalten werden, ob er verbindlich oder unverbindlich ist. Auch der Kanton Solothurn musste so vorgehen. In der Verfassung des Kantons Solothurn ist das Instrument Planungsbeschluss verbindlich geregelt, es wurde auf Gesetzesstufe abgeschwächt. In der Gemeinde Köniz sind wir mit dem Reglement staatsrechtlich eine Stufe tiefer und ich frage mich, ob es sinnvoll ist, eine Mechanik zu wählen, welche ein Kanton für sich und seine Aufgaben und abweichenden Finanz- und Aufgabenkompetenzen definierte. Bei der Ausarbeitung der Änderung der Gemeindeordnung wird man sich zu dieser Frage definitiv äussern müssen.

Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich bitte Sie, den Antrag auf Streichung von Art. 7 abzulehnen. Damit würde der gemeinsam mit der Kommission K2005 ausgehandelte Kompromiss infrage gestellt. Das wäre unter dem Aspekt des Aufbaus von gegenseitigem Vertrauen nicht gut. Nach der Evaluationsphase in zwei Jahren werden wir Bilanz ziehen. Es stimmt nicht, wenn erklärt wird, Art. 7 sei juristisch nicht richtig. Im Kanton Solothurn werden die entsprechenden parlamentarischen Vorstösse anders bezeichnet, gehen materiell jedoch in dieselbe Richtung. Im Kanton Bern und in der Stadt Burgdorf kennt man entsprechende Vorstösse. Genau dann, wenn ins Operative – in die Belange des Gemeinderates – eingegriffen wird, darf der Gemeinderat vom Planungsbeschluss abweichen. Wir betreten somit hier kein Neuland. Wie Christian Burren erwähnt hat, wurde lange um diese Lösung gerungen. Der Gemeinderat ging einen Schritt auf die Kommission zu, indem er sich einverstanden erklärte, den Planungsbeschluss bei allen Produktgruppen zuzulassen. Bei den nicht im Fokus stehenden Produktgruppen liegen eine Beschreibung, eine allgemeine Zielformulierung und die Aufwand-, Ertrags- und Nettozahlen vor. Dieses Informationsgerüst ist sehr rudimentär. Wir sind der Meinung, dass jene Lösungen angewendet werden müssen, die sich andernorts bewähren. Weil Planungsbeschlüsse einen Eingriff in das operative Geschäft des Gemeinde-

rates bedeuten können, muss die Formulierung: "In begründeten Fällen kann er davon abweichen", aufgenommen werden. Christian Burren hat bereits darauf hingewiesen, dass das Parlament die Möglichkeit der kontenscharfen Budgeteingriffe hat. Mit dem Kompromiss soll verhindert werden, dass Planungsbeschlüsse sklavisch umgesetzt werden müssen. Der Gemeinderat wäre sehr froh, wenn der mühsam ausgearbeitete Kompromiss in Bezug auf die Verbindlichkeit von Planungsbeschlüssen beibehalten und hier nicht ganz zuletzt beim Modell noch eine grundlegende Gewichteverschiebung vorgenommen wird.

Ueli Salvisberg (SVP): Ich beantrage Sitzungsunterbruch, um den Streichungsantrag von Art. 7 mit der Fraktion zu diskutieren.

Da mehr als 10 Personen zustimmen, wird die Sitzung für 5 Minuten unterbrochen.

Gemeindepräsident Luc Mentha: Zur Klärung eines in der Diskussion erwähnten Punktes: Die Revision der Gemeindeordnung kann sehr wohl gemäss dem IAFP-Reglement ausgearbeitet werden. Es ist auch möglich, der Bevölkerung diese Regelung zu erklären. Es sind keine rechtlichen Gründe vorhanden, die gegen die entsprechende Bestimmung der Gemeindeordnung verstossen würden. Wir schlagen Ihnen hier absolut Rechtskonformes vor. Die Äusserung, man verstehe nicht, weshalb das AGR das Reglement bewilligt habe, muss ich so im Raum stehen lassen.

Der Antrag, Art. 7 des IAFP-Reglementes zu streichen, wird mit 13 : 22 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, abgelehnt.

Valentin Lager (CVP): Der Antrag zu Art. 4 brachte mich auf die Idee, hier trotzdem eine Regelung zu treffen, die der Nachwelt mindestens ansatzweise erklärt, weshalb der Gemeinderat in begründeten Fällen abweichen kann. Mir scheint es sinnvoll, wie in Art. 4, wo das Verfahren für die Festlegung der Fokus-Produktgruppen festgelegt ist, einige Gründe aus der uns anlässlich der Informationsveranstaltung abgegebenen Liste in die Begründungen zum IAFP-Reglement aufzunehmen. Auf Seite 39 der Dokumentation steht: "Mögliche Gründe, die eine Abweichung rechtfertigen: 1. Änderung des gesetzlichen Rahmens; 2. dramatische Änderung der Finanzlage; 3. unvorhergesehenes Ereignis; 4. neue Erkenntnis; 5. neu aufgetauchte Widersprüchlichkeit." Ich beantrage, dass in die Erläuterungen zu den Artikeln 6 - 8 im IAFP-Reglement Folgendes aufgenommen wird: "Abschliessende Gründe, die eine Abweichung rechtfertigen, sind: Unvorhergesehenes Ereignis und neu aufgetauchte Widersprüchlichkeit." Ich begründe noch, weshalb die drei anderen auf Seite 39 der Dokumentation erwähnten Gründe nicht erscheinen müssen: Die Einhaltung des gesetzlichen Rahmens ist klar. Wenn der gesetzliche Rahmen – insbesondere der übergeordnete gesetzliche Rahmen – während der Umsetzung eines Planungsbeschlusses ändert, wird der Planungsbeschluss hinfällig. Zur dramatischen Änderung der Finanzlage hat bereits Christian Burren erklärt, dass letztendlich das Parlament Finanzkompetenzorgan ist und über das HRM-Budget Anträge stellen könnte. Die Begründung "neue Erkenntnis" scheint mir zu allgemein gefasst.

Hugo Staub (SP): Der Unterschied zwischen "abschliessende Gründe" und "mögliche Gründe" ist sehr gross. Ich sehe – damit wiederhole ich mich – keine zusätzlichen wirklich aus der Praxis gewonnenen Erkenntnisse, die uns befähigen, einen solchen abschliessenden Katalog zu definieren. Sollte sich erweisen, dass der Gemeinderat die Unsitte aufnimmt, Beschlüsse nicht umzusetzen, kann die Formulierung aus dem Reglement ausgeschlossen werden. Das Interesse wird jedoch an einem kleinen Ort sein, schlecht begründete Beschlussverweigerungen durchzuführen. Ich bitte Sie, den Antrag nicht anzunehmen. Sicher aber nicht mit einer Aufzählung von abschliessenden Gründen.

Thomas Herren (FDP): Ich bin froh um den Antrag, da er das politische Signal bedeutet, das ich gerne geben möchte. Es soll hier kein Freipass beschlossen werden. Deshalb wäre ich froh um die Nennung der Gründe für eine Abweichung mindestens in den Erläuterungen zum IAFP-Reglement. Das hat durchaus auch praktische Konsequenzen. Wenn – wie Gemeindepräsident Luc Mentha erwähnte – das Ganze ohne explizite Auflistung der möglichen Abweichungen in der Gemeindeordnung geregelt werden soll, können wir mit dem vorliegenden IAFP-Reglement auch mit späteren Änderungen – sollte der Gemeinderat allenfalls doch nicht auf die Planungsbeschlüsse eintreten – nichts mehr machen. Ein auf Stufe Gemeindeordnung geregeltes Reglement muss sich an die Gemeindeordnung halten und kann diese nicht mehr einschränken.

Rolf Zwahlen (EVP): Auch mir stach Art. 7 in die Nase. Zu Hugo Staub: Wenn wir die Formulierung "mögliche Gründe" aufnehmen, können wir das Ganze genau so gut sein lassen. Ich weiss nicht, wie relevant dieser Artikel ist, denn der wichtigste Grund, die Änderung des gesetzlichen Rahmens kann vom Gemeinderat beansprucht werden, egal was hier beschlossen wird. Dasselbe gilt für die Formulierung "unvorhergesehenes Ereignis". Wird die Gemeinde Köniz z. B. von einem Erdbeben heimgesucht, wird anderes wichtiger sein als ein Planungsbeschluss. Ich unterstütze den Antrag, die beiden wichtigsten Gründe, unvorhergesehenes Ereignis und neu aufgetauchte Widersprüchlichkeit, in die Erläuterungen zu Art. 6 - 8 aufzunehmen. Die Formulierung "Änderung des gesetzlichen Rahmens" ist, da gegeben, nicht in die Erläuterungen aufzunehmen.

Jan Remund (GFL): Ich werde dem Antrag in dieser abschliessenden Form nicht zustimmen. Einer offeneren Formulierung könnte zugestimmt werden, sie würde jedoch nicht viel bringen.

Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich bitte Sie, dem gemeinsam ausgehandelten Modell zum Durchbruch zu verhelfen. Der Gemeinderat konnte sich nicht auf diese nun in allerletzter Minute vorgebrachten Änderungen vorbereiten. In einem sorgfältigen gemeinsamen Prozess wurde der Kompromiss ausgehandelt und die Illustration der möglichen Gründe, die wir anlässlich der Informationsveranstaltung abgegeben haben, sollen Illustration bleiben. Hier nun Einzelnes heraususpicken und zu qualifizieren ist in meinen Augen ein Schnellschuss. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Der Antrag, in die Erläuterungen des Reglementes über den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP-Reglement) zu den Art. 6 - 8 Folgendes aufzunehmen: "Abschliessende Gründe, die eine Abweichung rechtfertigen, sind: Unvorhergesehenes Ereignis und neu aufgetauchte Widersprüchlichkeit", wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Grossmehrheitlich (Ziffer 1), einstimmig (Ziffer 2), grossmehrheitlich (Ziffer 3), einstimmig (Ziffern 4, 5, 6 und 7) und grossmehrheitlich (Ziffer 8) fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Das Parlament nimmt Kenntnis vom vorgelegten IAFP-Modell und vom vorgelegten Dokument "Produktebeschreibungen". Das Parlament beschliesst das Reglement über den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP-Reglement) gemäss vorgelegtem Entwurf und den beschlossenen Änderungen in den Art. 3 Abs. 2 und in den Erläuterungen zu Art. 4, beschliesst mit Geltung ab Inkrafttreten des IAFP-Reglementes und bis Ende 2011 die folgenden Fokus-Produktgruppen: IZ Köniz-Muri, Institutionelle Sozialhilfe, Ortspolizei. Die Motionen FDP/SVP (9905) betr. Erstellung von Produktbudgets, FDP/SVP (0005) betr. Zuständigkeit für Legislaturziele sowie Finanz- und Investitionsplan, Kommission K2005 (0405) betr. Notwendige Strukturanpassungen, werden als erledigt abgeschrieben. Die Kommission K2005 wird aufgelöst.

Parlamentspräsident Ignaz Caminada: Heute haben wir dem IAFP zugestimmt. Damit wird die schon fast legendäre Kommission K2005 aufgelöst. Irgendwie es fast schade, denn wir haben uns bereits an die K2005 gewöhnt. Vor 7 Jahren wurde sie gegründet und nahm ihre Arbeit im Jahr 2001 auf. Damals schien das Jahr 2005 ganz weit weg zu sein. Nun sind wir im Jahr 2007 und der Name Kommission K2005 ist für eine Kommission, welche eigentlich die Könizer Zukunft hätte festlegen sollen, zum "running gag" geworden. Der Dank gilt allen Mitgliedern der Kommission K2005, die im Verlaufe dieser 7 Jahre mitgearbeitet, mitgestaltet und mitdiskutiert haben. Ein spezieller Dank gilt auch den beiden Kommissionspräsidenten, Harald Henggi und Christian Burren. Einige Mitglieder haben auf beiden Seiten Kommissionsarbeit geleistet. Die Gemeinderäte Ueli Studer, Urs Wilk und Katrin Sedlmayer, zuerst als Parlamentsmitglieder und danach als Gemeinderäte. Ich stelle fest, dass einzig Valentin Lagger vom Start weg immer auf derselben Seite in der Kommission K2005 Einsitz hatte. Wir können uns – davon bin ich überzeugt – am heute vorliegenden Resultat freuen und nun darauf hoffen, dass das neue Instrumentarium gewinnbringend eingesetzt und verwendet werden kann. In diesem Sinne: Nie mehr Kommission K2005, aber immer wieder IAFP.

4. Park in Liebefeld

Kredit; Direktion Umwelt und Landschaft

Bernhard Bichsel (jfk; GPK-Sprecher): Im Rahmen der Ortsplanungsrevision 1993 wurde die Absicht festgelegt, einen Park in Köniz zu realisieren. Konkret geht es heute um einen Kreditantrag von 2,19 Millionen Franken. Die Bruttokosten für die 1. Etappe betragen 2,56 Millionen Franken. Aufgrund der hohen Kosten des Gesamtprojektes wurde die Realisierung des Parks etappiert. Ich möchte an dieser Stelle ganz herzlich Gemeinderätin Rita Haudenschild und auch dem Projektleiter Ueli Zingg für die guten Informationen danken, die ich laufend erhalten habe. Ich gebe noch einige Zusatzinformation zu den Unterlagen ab. Die erste Information betrifft die Skateranlage (Seite 2): Das Jugendparlament wünschte ausdrücklich, dass die Jugendlichen selber auf Sponsorensuche gehen, um die notwendigen Mittel aufzutreiben. Die Gemeinde erklärte sich bereit, mit einer Anstossfinanzierung zu helfen. Auf Seite 3, Beleuchtung: Die Aussage "das Beleuchtungskonzept wurde vollständig ausgearbeitet" ist nicht ganz korrekt. An den Lichtstärken werden noch Feinanpassungen vorgenommen. Punkt 8.2 (Seite 6): Die 10 Prozent Kantonsbeitrag, mit dem man rechnet, sind eine Annahme. Zum Punkt "Folgen bei Ablehnung des Kredites" (Seite 7) tauchte die Frage auf, auf welcher rechtlichen Basis allfällige Schadenersatzforderungen stehen. Dass der Park "zeitgleich" mit der Überbauung zu realisieren ist, wurde vertraglich zugesichert. Allfällige Schadenersatzforderungen basieren auf dieser Zusicherung.

Die erhaltenen Unterlagen sind sehr ausführlich und gut. Die GPK empfiehlt Ihnen mit 5 : 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen, der Vorlage zuzustimmen.

Ich teile die Stellungnahme der FDP/jfk-Fraktion mit: Das Projekt ist an sich sehr gut. Der grosse Wermutstropfen ist das Kostendach, das um mehr als 25 Prozent überschritten wurde. Aus diesem Grund beschlossen die FDP-Fraktionsmitglieder Stimmfreigabe. Die beiden jfk-Mitglieder werden – wenn auch zähneknirschend – zustimmen. Eine persönliche Anmerkung: Alle reden vom Energie sparen. Wenn es wie hier im Park in Liebefeld konkret darum geht, nicht zu viele Neuinstallationen vorzunehmen, gerät dieser Gedanke hingegen immer wieder in Vergessenheit. Ich möchte doch beliebt machen, im Park möglichst wenig Beleuchtung zu installieren.

Hanspeter Kohler (FDP): Sich nach einem strengen Arbeitstag in einem Park zu erholen, ist sicher verlockend und steigert die Attraktivität einer Wohngemeinde. Bei der Durchsicht des Geschäftes findet man Gefallen am Projekt. Sei das nun die Lindenallee – besser als eine zweite Lindenstrasse –, der Weiher mit der Insel inklusive Sumpfyzyppen, die Promenade mit den spielenden Kindern oder die ausgezeichnete Beleuchtung. Damit soll verhindert werden, dass man spätabends, z. B. nach einer langen Parlamentssitzung, in den 2,5 Meter tiefen Weiher fallen könnte. So gut so recht. Weiter ist dem Antrag zu entnehmen, dass das Projekt unter Mitwirkung einer breit gefächerten Begleit- und Projektgruppe erarbeitet wurde. Wer schlussendlich immer noch Zweifel am Antrag hegt, kann ihm über die Folgen einer allfälligen Ablehnung entnehmen, dass dann grosser Kommunikationsbedarf entstünde, die Glaubwürdigkeit der Gemeinde auf dem Spiel stehe und mit Schadenersatzforderungen gerechnet werden müsse. Welches Parlamentsmitglied kann hier noch Zweifel am Geschäft haben? Also, "winken wir das Geschäft doch durch".

Betrachten wir jedoch die Kosten etwas genauer: Es handelt sich um eine 1. Etappe, ein weiterer Antrag wird somit logischerweise folgen. Initial wurde mit Gesamtkosten in der Höhe von 3,6 bis 4 Millionen Franken gerechnet. Für die 1. Etappe wurden Bruttokosten von 2 Millionen Franken berechnet. Aus zahlreichen Gründen – angegeben wurden bessere Beleuchtung, Spielplätze, Ruheplätze, WC-Anlagen – betragen die Bruttokosten nun 2,56 Millionen Franken. Trotz dem Mehrbetrag ist die Gemeinde auch bereit, eine maximale Anschubfinanzierung für eine hoffentlich geräuscharme Skateranlage auszugeben. Bei der momentan nicht allzu rosigen finanziellen Lage der Gemeinde scheint dies offensichtlich kein grosser Betrag zu sein. Die vor Jahren gekaufte mobile Skateranlage verrostet zur Zeit auf dem Schulhausareal im Spiegel. Noch etwas zu den Folgekosten: Die Gesamtkosten – Kapitalkosten plus betriebliche Folgekosten – betragen im ersten Jahr 595'000 Franken und im zehnten Jahr immerhin noch 383'000 Franken. Da kommt doch ein beträchtlicher Betrag zusammen. Der Park entspricht in meinen Augen einer Luxusvariante, die Folgekosten inklusive Unterhalt sind hoch.

Brauchen wir wirklich einen Weiher mit Insel und Sumpfyypressen? Ist eine grosse Wiese mit Bänken, ohne Lindenallee nicht auch attraktiv? Der Hyde-Park in London war zu Beginn relativ einfach ausgestattet. Dem Parlament wird nur eine teure Variante vorgelegt. Ich persönlich kann dieser Vorlage nicht zustimmen, trotz der besseren finanziellen Lage der Gemeinde. Ich möchte den Könizer Bürgerinnen und Bürgern lieber endlich tiefere Steuern anbieten. Dies betreffend wird heute eine dringliche Motion der FDP/jfk-Fraktion eingereicht. Es bestehen in meinen Augen andere Möglichkeiten für eine bescheidenere Parkanlage, wie z. B. eine Volksallmend Liebefeld.

Hansueli Pestalozzi (GB): Ich stelle fest, dass wir in Köniz eine "grüne Woche" haben. Am letzten Freitag wurde die Naturlandschaft Köniz eingeweiht, das betreffende Postulat wird heute verabschiedet. Gleichzeitig befinden wir heute über den Kredit für den Park in Liebefeld. Es wird Sie nicht überraschen, wenn wir Grünen dem Geschäft nicht nur einstimmig zustimmen, sondern vom Projekt begeistert sind. Der Park ist ein wesentliches Instrument des Raumentwicklungskonzeptes Köniz (REK). Er ist sozusagen ein Juwel im zentralen Dreieck Köniz, Liebefeld, Steinhölzli, das der Gemeinde Köniz eine unverwechselbare Identität geben wird. Der Park in Liebefeld hat jedoch auch philosophischen Tiefgang. Das ausgewählte Projekt heisst Oxymoron. Dieses Wort bedeutet eine Formulierung mit sich scheinbar ausschliessenden Begriffen. So ist z. B. der Begriff "eine exakte Schätzung" ein Oxymoron. Der Park setzt das sehr gut um. Er verfügt über Wasser und Land; er hat ruhige und belebte Zonen; er ist für Jung und Alt; er ist eingerichtet für das Alleinsein wie auch für Begegnung in Form von Boule- und Schachspielen. Er wird auch ein Strassencafé beherbergen. Man kann sich auf Bänken ausruhen, aber auch beim Ballspielen oder skaten bewegen. Er steht für Ruhe, aber auch für Feste. Er soll am Tag und am Abend genutzt werden. Mitten in einem überbauten Gebiet wird eine Grünfläche sein. So wie er geplant ist, soll ein lebendiger Park entstehen. Die Etappierung ist in den Augen von uns Grünen richtig, weil sich meistens erst während der Nutzung zeigt, wie die Weiterentwicklung weitergehen soll. In der Botschaft ist aufgeführt, dass ein Park nie fertig gebaut sein wird. Das wäre wiederum ein Oxymoron. Es sollen möglichst wenig Asphalt und versiegelte Flächen vorhanden sein, damit er immer wieder umgestaltet werden kann. Hier wären gewisse Sparmöglichkeiten in der 2. Etappe vorhanden. Der Park soll lebendig und belebt sein mit Strassencafé, etc. Das ist auch ein gutes Mittel gegen Vandalismus. Aus dieser Sicht wäre es sehr wünschenswert, wenn das Strassencafé über möglichst lange Öffnungszeiten verfügen würde. Wichtig ist auch, dass sich die Benutzenden mit dem Park identifizieren, dass eine Mitbestimmung stattfinden wird. Aus dieser Sicht ist die Skateranlage wichtig, deren Möglichkeit einer Realisierung durch die Mitbestimmung des Jugendparlamentes zustande kam. Hier interessiert mich der Stand der Sponsorensuche. Wie gesagt, beinhaltet Oxymoron viele Gegensätze, Konflikte werden entstehen. Die Frage wird sein, wie viele Anlässe im Park durchgeführt werden können, wie man das angekündigte Badeverbot oder das Verbot des Betretens der Eisfläche durchsetzen will. Sind solche Verbote überhaupt sinnvoll? Vor allem dann, wenn berücksichtigt wird, dass für die Abstimmung mit einer Fotomontage von Schlittschuh laufenden Kindern geworben wurde. Man wird alles daran setzen müssen, diese Konflikte in einem guten Sinn auszutragen. Ein weiterer offener Punkt ist die Nutzung des Gebäudes, ganz im Süden des Parks, anschliessend an den Hartplatz. Sind Ideen vorhanden, wie dieses Gebäude genutzt werden soll? Finanziell besteht auch ein Oxymoron. Der Park ist teuer, aber für die Gemeinde – wenn der für 15 Millionen Franken verkaufte Teil einberechnet wird – wird er trotzdem günstig sein.

Zum Schluss möchte ich dort weiterfahren, wo Bernhard Bichsel aufgehört hat: Der Park wird beleuchtet sein, wofür zusätzlicher Strom notwendig ist. Vor einem Jahre wurde die Motion betr. erneuerbare Energie (0611) angenommen und wir schlagen ganz im Sinn von Nachhaltigkeit vor, in der Umgebung des Parks ein Solarkraftwerk zu realisieren, das den zusätzlichen Strombedarf decken könnte.

Evelyn Bühler (FDP): Ich gehe mit meinen Fraktionskollegen einig, dass Kosten nicht immer beliebig nach oben korrigiert werden dürfen und dass Gesamtkosten von 3,5 bis 4 Millionen Franken für "nur einen Park" eine stolze Summe sind. Trotzdem stehe ich voll hinter diesem Projekt und werde dem Antrag des Gemeinderates für die 1. Etappe zustimmen. Das Projekt ist gut durchdacht, schlicht und bescheiden. Ich habe seinerzeit die 12 Siegerprojekte gesehen, die im Gemeindehaus Bläuacker ausgestellt waren. Schon damals stach das Siegerprojekt Oxymoron durch seine Ausgewogenheit heraus und überzeugte. Für die Bevölkerung

im Liebefeld wird er eindeutig eine Aufwertung ihres Quartiers bedeuten. aber auch für die Bevölkerung der gesamten Gemeinde wird der Park dank seiner zentralen Lage zweifellos ein Gewinn sein. Erfreulich ist auch, dass das Jugendparlament aktiv am Projekt beteiligt ist und die Anliegen der Jugendlichen einbringt. Auch ist wichtig, dass das Konzept noch gewisse Freiräume offenlässt, damit auf mögliche Entwicklungen und allfällige Änderungen der Bedürfnisse reagiert werden kann. Das Projekt ist viel versprechend.

Hans Moser (SVP): Wie bereits gehört, ist der Park in Liebefeld ein Luxusprojekt. Ich als Bauer finde es schwierig, wenn ich sehe, dass 3,5 Hektaren in einen Park umgebaut werden, auf welchem sechs Kühe für ein ganzes Jahr gefüttert werden könnten. Das würde beileibe nicht 2,5 Millionen Franken kosten. Trotzdem stehe ich zum Projekt und werde dem Antrag zustimmen, wie auch die SVP-Fraktion mehrheitlich. Die Vorlage wurde in der Fraktion eingehend diskutiert. Auf einige Punkte gehe ich ein: Das Projekt ist teuer und wir werden mit hohen Folgekosten zu kämpfen haben, denn diese werden sicher höher sein als geplant. Sinn macht die Etappierung der Realisierung, weil damit die Kosten aufgeteilt werden können. Der Teich wird 30 Aren gross sein, eine riesige Oberfläche; auch damit könnten einige Schafe gefüttert werden. In der oberen Gemeinde ist man allgemein der Meinung, dass sich nur "Städter" einen solch grossen Park wünschen können. Der Teich werde nur Probleme bringen, da er gutes und sauberes Wasser enthalten muss. Das will man mit Umwälzungen erreichen, wofür jedoch viel Energie notwendig ist. Ein Schwimmverbot ist in unseren Augen nicht durchsetzbar und ohne Abschränkungen werden Kinder nicht davon abzuhalten sein, im Weiher zu baden. Wie gehört, ist eine Lindenallee geplant. Das mag schön aussehen, Linden können bei Allergikern jedoch grosse Probleme auslösen. Für die Realisierung einer Allee wären billigere, eben so schön aussehende Lösungen möglich. Zudem ist die Linde ein Baum, der das ganze Jahr für Beschäftigung sorgt. Wir Bauern, die vor dem Haus eine Linde stehen haben, wissen, was jeden Samstag zu tun ist.

Zum multifunktionellen Platz auch noch einige Worte: Wenn der Hartplatz mit Verbundsteinen belegt würde, könnte einiges an Kosten eingespart werden und würde erst noch schöner aussehen. Zugleich versickert damit das Oberflächenwasser besser. Die geplanten Sportanlagen sind eine sehr gute Sache. Deren Benützer werden jedoch Lärm verursachen. Die SVP-Fraktion verlangt ausserdem ein Konzept, das Vandalismus und das Aufkommen von unerwünschten Szenen verhindern soll.

Thomas Herren (FDP): Nicht der Betrag für die Realisierung des Parks als solcher hat mich aufhorchen lassen, auch nicht die Etappierung. Nein, es sind die genannten Schadenersatzforderungen, die hier suggeriert werden. Ich fragte mich, wie es kommen kann, dass ein Geschäft vorgelegt wird, für welches bei Nichtrealisierung Schadenersatz bezahlt werden muss. Was sind die vertraglichen Grundlagen? Tatsächlich verpflichtete man sich seinerzeit als Einwohnergemeinde Köniz, auf besagtem Grundstück einen Park zu realisieren. Für den Fall, dass diese Abmachung gebrochen und trotzdem eine bauliche Nutzung realisiert oder einem Dritten erlaubt wird, hat sie der Schweizerischen Eidgenossenschaft die Hälfte des erzielten Erlöses des baulich genutzten Landes zu entschädigen. Ich frage mich, ob in der Vorbereitung zu diesem Geschäft nicht etwas schiefgelaufen ist. Wenn ich einen Vertrag entwerfe, für den ich nicht abschlusskompetent bin, mache ich im Vertrag selber einen Vorbehalt. Dazu fand ich im vorliegenden Vertrag nichts. Wenn die Kosten die Finanzkompetenz des Parlamentes betreffen oder sogar das fakultative Referendum, versteht man um so weniger, weshalb hier kein Vorbehalt angebracht wurde. Damit wird eine unschöne Note in ein Projekt gebracht, von dem ich eigentlich überzeugt bin. Ich werde mich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Hermann Gysel (EVP): Ein wenig erinnert mich die ganze Sache an ein klassisches Projekt. Die Phasen eines Projektes sind folgende: Es beginnt mit Begeisterung. Begeisterung kam bei mir beim Betrachten der Bilder auf. Als ehemaliger Anwohner der Wabersackerstrasse gefielen mir diese Bilder ausnehmend. Die Begeisterung geht dann in Ernüchterung über, wenn man hört, dass z. B. Schlittschuhlaufen verboten ist oder dass die Realisierung teurer zu stehen kommt und etappiert werden muss. Danach folgt – wie von Thomas Herren eben vorgenommen – die Suche nach den Schuldigen. Schlussendlich kommt es in einem Projekt zur Auszeichnung der Nichtbeteiligten. Denn wir hoffen, dass sich viele Kinder und BewohnerInnen am Park erfreuen werden. Die CVP/EVP-Fraktion ist dem Projekt gegenüber nicht

euphorisch aber positiv kritisch eingestellt. In diesem Sinne möchte ich meine Projektbeurteilung abgeben. Manager erklären oft mit Farben – rot, orange oder grün – wie es um ein Projekt steht. Dieses Projekt steht auf orange, d. h. Achtung. Vieles ist noch nicht klar. Wir wissen z. B. nicht, ob wir gezwungen sind, die 2. Etappe vorzuziehen. Ansonsten müssten wir – ich komme auf das vorhergehende Geschäft zurück – Produkt 29.2, "Aufzeigen von Handlungsbedarf und –spielräumen" umschreiben in "Aufräumen mit Spielbedarf und Handlung zeigen".

Stephie Staub (SP): Ich spreche im Namen der SP-Fraktion und als Mitglied der Parkkommission, die ich begleitete. Zu einigen gehaltenen Voten möchte ich ein paar Worte anbringen. In zwei Abstimmungen hat das Volk ja dazu gesagt, dass im Zentrum von Köniz parallel zur Überbauung im Dreispitz ein Park entstehen wird. Drei Wettbewerbe haben stattgefunden und Oxymoron ging als Siegerprojekt daraus hervor. Die Begleitgruppe Park hat sich, zusammen mit der Projektgruppe, den zuständigen Planern und Gemeindeangestellten, mit dem Wettbewerbsprojekt Oxymoron auseinandergesetzt und durch aktive und gute Zusammenarbeit entstand die vorliegende – bereits abgespeckte – Version der 1. Etappe. Sie ist demnach kein Luxusprojekt. Sorgfältig wurden die verschiedenen projektierten Elemente gegeneinander abgewogen. Ein so genanntes Hearing fand statt, an welchem klar wurde, dass in der 1. Etappe minimale Grundstrukturen und ergänzende Bausteine unbedingt vorhanden sein müssen. So z. B. die WC-Anlage oder eine Teilbeleuchtung des Parks. Die Begleitkommission sprach sich klar für Platz für eine Skateranlage für Jugendliche aus, d. h. 1'000 m² von insgesamt 36'000 m². Die Anlage wird sich auf der Seite Schwarzenburgstrasse befinden, d. h. auf der lärmintensiveren Seite. Ein Seniorenvertreter der Begleitkommission erkundigte sich sogar bei den anwesenden Jugendlichen, ob allfällige Skaterausrüstung gemietet werden könne. Die SP-Fraktion unterstützt die Idee, den Jugendlichen einen Platz im Park und nicht irgendwo an der Peripherie zu geben. Sie ist auch der Meinung, dass die Jugendlichen nicht alleine gelassen werden sollen, falls nicht genügend Sponsoren gefunden werden. Zwischen der Projektgruppe und der Begleitgruppe Park entstand eine Art Symbiose für die Anliegen von Alt und Jung. Genau so sehe ich das Zusammenleben in diesem Könizer Park, nicht nur für die Anwohnenden im Zentrum, sondern für alle Könizer und Könizerinnen sowie für Auswärtige. Anstatt in der Stadt auf die kleine Schanze oder in den Rosengarten zu fahren, trifft man sich bald im Herzen von Köniz im Park. In der 2. Etappe, die hoffentlich schnell realisiert sein wird – das ist auch die Meinung der Begleitkommission –, ist ein Restaurant am See geplant. Damit wird ein schöner Platz angeboten, wo man sich treffen und verweilen kann. Bis zur Realisierung des Restaurants besteht die Möglichkeit, am See zu picknicken.

Zum Kosten-/Nutzenverhältnis: Der Park soll und darf die Gemeinde Köniz etwas kosten. Der Landerwerb generierte immerhin 15 Millionen Franken und schon beim Verkaufsvertrag stand fest, dass ein Teil der Mittel in den Park reinvestiert wird. Die Folgekosten werden pro Kopf auf 6 Franken zu stehen kommen. Sanierungen im Strassenbau sind weitaus teurer. Die Pflege und der Unterhalt des Parks werden durch die Gemeinde übernommen. Es besteht jedoch auch die Möglichkeit, eine Sozialfirma zu gründen, damit Personen mit Schwierigkeiten im ersten Arbeitsmarkt angestellt werden können. Die Heilsarmee in Köniz sucht immer wieder Beschäftigungsprogramme für ihre Männer. Auch so könnte ich mir eine Zusammenarbeit im Park vorstellen. Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates, denn in den Leitlinien der SP im so genannten "roten Büchlein" ist unter Erlebnisort Köniz zu lesen: "Im Zentrum von Köniz-Liebefeld soll ein attraktiver Park entstehen, der allen offen steht, in dem sich alle wohlfühlen. Die SP setzt sich bei diesem Projekt für eine rasche Realisierung erster Massnahmen ein, für die Durchführung eines Wettbewerbes, eine angemessene Beteiligung der Bevölkerung an der Planung und am späteren Betrieb sowie eine ökologische und nachhaltige Ausgestaltung und die Anbindung des Parks an den nahen Neuhausplatz".

Peter Antenen (FDP): Im Vorfeld zur entsprechenden Abstimmung wurde der Stimmbevölkerung gesagt, man wolle einen Park erstellen. Gleichzeitig ging man aber gegenüber den Investoren die Verpflichtung ein, den Park zu realisieren. Müssen für die Realisierung des Parks nun wirklich 2,19 Millionen Franken investiert werden? Muss wirklich eine Luxusvariante mit einem See realisiert werden? Bestünden nicht andere, bescheidenere Möglichkeiten? Der See wird letztendlich Probleme bringen, wie z. B. das Gefrieren im Winter. In meinen Augen wäre die Realisierung von etwas Bescheidenerem möglich. Ich gebe Folgendes zu bedenken: Kaum ist der Bilanzfehlbetrag abgebaut, will man bereits wieder Geld investieren. Wäre uns

dieses Geschäft zu einem früheren Zeitpunkt vorgelegt worden, hätte man es in meinen Augen anders beurteilt. Kann man sich nicht auf den Standpunkt stellen und sagen, die vorliegende Variante für den Ausbau des Parks sei Luxus? Der Park muss aber realisiert werden, so viel steht fest.

Bernhard Bichsel (jfk): Ich gehe auf einige in der bisherigen Diskussion erwähnten Punkte ein. Wir beschliessen heute über einen Kreditantrag für die Realisierung der 1. Etappe des Parks in Liebefeld. Ich gebe zu bedenken, dass der Unterhalt eines Parks nicht zu unterschätzen ist. Dafür werden 250'000 Franken pro Jahr eingesetzt. Man muss sich des Umstands bewusst sein, dass der Unterhalt bei einer Abschreibung innert 10 Jahren nochmals so teuer sein wird wie der Park selber. Wie bereits erwähnt, ist das Projekt des Parks sehr gut und ich werde den Kreditantrag unterstützen. Die Folgekosten sind jedoch ein grosser Wermutstropfen. Zu Hansueli Pestalozzi: Du hast die Realisierung eines Cafés erwähnt. Wir sprechen heute jedoch erst über die 1. Etappe und nicht mehr. Zum Thema Fotovoltaik: Die Idee ist gut. Da wir jedoch bereits jetzt 25 Prozent über dem Kostendach sind, wird die FDP-Fraktion einen etwaigen Vorstoss in diese Richtung ablehnen. Es ist besser – auch wegen der Lichtverschmutzung – den Park möglichst dezent zu beleuchten. Dafür muss keine zusätzliche Energie produziert werden. Die Erstellung eines Sicherheitskonzeptes und einer Benutzungsordnung sind vorgesehen. In der Startphase wird ein besonderes Augenmerk darauf gelegt werden. Hierzu wird sich Gemeinderätin Rita Haudenschild noch äussern. Ein Abfallkonzept wurde noch nicht erwähnt. Das Thema Littering wird noch eingehend diskutiert werden müssen. Man will, wenn immer möglich, am Boden herum liegenden Abfall vermeiden. Stephanie Staub: Die Stimmbevölkerung hat bei den Volksabstimmungen nicht dem Park zugestimmt, sondern den jeweiligen zur Abstimmung vorliegenden Punkten. Die Botschaft enthielt kein Budget. Nun zu sagen, die Stimmbevölkerung habe Ja gesagt, stimmt so nicht. Der heute vorliegende Detaillierungsgrad lag bei den Abstimmungen nicht vor. Die Zustimmung der Stimmbevölkerung mag eine Grundsatzzustimmung gewesen sein, jedoch nicht zum heute vorliegenden Projekt. Dass die Mitglieder des Jugendparlamentes Sponsoren für die Realisierung einer Skateranlage suchen wollen, ist in meinen Augen vorbildlich. Ich wünsche mir, mehr Parlamentsmitglieder würden derart eigenverantwortlich handeln. Es ist immer sehr einfach nach Staatsgeldern zu schreien, hingegen viel schwieriger, die notwendigen Mittel selber aufzutreiben. Stephanie Staub hat erwähnt, dass die Folgekosten für den Park auf 6 Franken pro Kopf der Könizer Bevölkerung zu stehen kommen würden. Nimmt man jedoch eine Abschreibungszeit von 10 Jahren, kommt der Unterhalt pro Kopf auf mehr als 60 Franken zu stehen.

Niklaus Hofer (SVP): Wir befinden uns noch in der Eintretensdebatte. Der Park wird, gemäss den bisherigen Voten, als zu teuer betrachtet. Alle sprechen vom Sparen. Ich werde dem Antrag des Gemeinderates nicht zustimmen. Bis anhin durfte oder konnte niemand Antrag auf Rückweisung stellen. Ich beantrage hiermit Rückweisung des Geschäftes. Ich bitte den Gemeinderat, den Antrag nochmals zu überprüfen und dem Parlament einen neuen mit einem Kostendach von 1,8 Millionen Franken zu unterbreiten.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (GB): Ich danke für die gute Aufnahme des Geschäftes sowie für die kritischen Voten, denn sie lenken den Blick auf all das, das zu verbessern ist. Ich danke besonders Bernhard Bichsel, dem Sprecher der GPK, für die gute Darlegung des Geschäftes hier im Parlament. Heute wird über ein grosses Geschäft beraten und ihm hoffentlich zugestimmt. Der Park in Liebefeld ist nicht nur ein grosses Projekt, sondern wird ein grosses Image-Projekt für die Gemeinde Köniz sein. Der Park wird im städtischen Gebiet von Köniz einen ganz besonderen Akzent setzen. Bereits in der Vorbereitungsphase war allen klar, dass die Realisierung des Projektes aufwändig und teuer wird. Aus diesem Grund wurde bereits im Wettbewerb darauf geachtet, dass im allfälligen Siegerprojekt die Möglichkeit besteht, den Park in Etappen zu realisieren.

Das Projekt Oxymoron gewann den Wettbewerb, weil es qualitativ aus allen eingegangenen Projekten herausstach. Der heute vorliegende Kreditantrag entspricht der 1. Etappe des Projektes Oxymoron. Der Park soll ein Volkspark werden, das ist auch der Wettbewerbsausschreibung zu entnehmen. Wir wünschen uns, dass er genutzt wird und nicht überall "Betreten-verbieten"-Schilder aufgestellt sind. Er soll von Alt und Jung benutzt werden können. Das heisst, es müssen Elemente enthalten sein, in welchen sich Seniorinnen und Senioren wohl fühlen, aber auch Kleinkinder; wo Arbeitende ihre Arbeitspausen geniessen können. Wir

haben den Wunsch von Jugendlichen aufgenommen, im Park eine Skateranlage zu realisieren. Die Kosten sind hoch. Vor der Wettbewerbsausschreibung versuchten wir, eine möglichst genaue Kostenschätzung erstellen zu lassen. Fachleute erklärten uns, das Kostenziel von 2 Millionen Franken für die 1. Etappe könne eingehalten werden. Nach dem Vorliegen der konkreten Offerten im Februar 2007 war jedoch schnell klar, dass dem nicht so ist. Im Gemeinderat wurde des Langen und Breiten debattiert, was herausgestrichen werden soll, um das vorgesehene Kostendach von 2 Millionen Franken einzuhalten. Das Resultat ist der nun vorliegende Kreditantrag in der Höhe von 2,19 Millionen Franken.

Es handelt sich jedoch nicht um ein Luxusprojekt, wie von mehreren Votanten suggeriert wurde. Der Kreditantrag beinhaltet das absolute Minimum des Projektes Oxymoron. Mit Kosten von weniger als 80 Franken pro Quadratmeter befinden wir uns im Vergleich mit anderen solchen Parkanlagen in einem ausserordentlich günstigen Bereich; ich möchte sogar behaupten, an der untersten Grenze. Wir haben Vergleiche mit städtischen Parks im Raum Zürich angestellt, die zum Teil mit Quadratmeterpreisen von gegen 500 Franken rechnen. Quadratmeterpreise im Bereich von 200 bis 250 Franken sind absolut normal. Damit die Kosten pro Quadratmeter so tief gehalten werden können, wird nur realisiert, was untrennbar zum Siegerprojekt gehört. Wir können so nur noch die Erdbewegungen realisieren, den Grundausbau für die Wege und die Wiese vornehmen sowie den Weiher und die Pflanzenanlage bauen lassen. Eine minimale Beleuchtung ist aus Sicherheitsgründen absolut notwendig. Einige Spielanlagen, Sitzplätze und eine WC-Anlage sind ebenfalls ein Muss, da das Projekt sonst den Namen Park nicht mehr verdienen würde.

Ich spreche noch kurz zum Kantonsbeitrag: Dieser ist auf guten Wegen. Für den Erhalt von Kantonsbeiträgen muss ein Parlamentsbeschluss sowie ein Regierungsratsbeschluss vorhanden sein. Der Regierungsratsbeschluss wird sofort nach dem Beschluss des Parlamentes beantragt.

Ich komme auf einige in der Diskussion erwähnten Punkte zu sprechen: Die Skateranlage im Spiegel wurde genannt. In diesem Fall von "Anlage" zu sprechen, ist nicht ganz richtig. Es handelt sich um eine so genannte Halfpipe aus lärmintensivem Metall, die nicht als Skateranlage bezeichnet werden kann. Es wurde nach dem Stand der Sponsorensuche für die Skateranlage angefragt: Den Unterlagen ist zu entnehmen, dass der Gemeinderat eine Anschubfinanzierung von 50'000 Franken tätigen will. Die Jugendlichen haben voller Begeisterung erklärt, sie werden selber auf Sponsorensuche gehen, damit eine Anlage realisiert werden kann, wie es ihnen vorschwebt. Ich verweise auf den im Publikum anwesenden Silvan Hostettler, der nach der Sitzung gerne allfällige Fragen zur Sponsorensuche beantworten wird. Für den Gemeinderat ist klar, dass eine richtige und gute Anlage realisiert werden soll, deshalb wurden dafür fast 1'000 m² ausgeschieden. Die Frage, weshalb die Erstellung eines Teiches geplant ist, beantworte ich wie folgt: Wasser war bereits im Wettbewerb ein zentrales Element. Die Projekte mussten das Element Wasser beinhalten. Der Zufluss zum vorgesehenen Teich im Projekt Oxymoron ist natürlich gespiesen. Zur natürlichen Säuberung des Teiches sind in den Randzonen gezielt Pflanzen vorgesehen, die dafür geeignet sind, das Wasser klar zu halten. Wasser ist in der Gemeinde Köniz ein zentrales Element, sie ist von Wasser gezeichnet. In jedem Tal sind Bäche vorhanden, die das Bild der Gemeinde Köniz zeichnen. Hier im Park wird gezeigt, dass das Wasser vom Gurten her kommt. Ich komme noch kurz auf die Frage betreffend der vorgesehenen Überbauung im Süden des Parks zu sprechen. Den Unterlagen ist zu entnehmen, dass 6'200 m² Bruttogeschossfläche vorgesehen sind. Wie im Wettbewerb und in der Botschaft aufgeführt, muss ein allfälliges Gebäude dem Umfeld entsprechen und mit dem Park kompatibel sein. Die mehr als 6'000 m² BGF stehen für Gebäudenutzung zur Verfügung. Es wurden Fragen in Bezug auf ein Betriebs- und Sicherheitskonzept gestellt. Die Erstellung eines solchen ist vorgesehen. Man will von Anfang an Kontrollen vornehmen und nicht den Anschein geben, die Sache "fahren zu lassen". Der Park soll kontrolliert werden und ein Abfallkonzept vorhanden sein, damit möglichst kein Littering entstehen kann. Dieses Thema ist für den Gemeinderat zentral. Für den Hinweis betreffend der Lindenbäume bin ich sehr froh, Hans Moser. Ich werde dieses Thema noch näher betrachten. Ich wiederhole nochmals: Der Park soll gebraucht werden, es wird und darf kein "Betreten verboten" geben. In einem Volkspark soll gelebt, gefestet und gespielt werden. Es soll jedoch auch möglich sein, sich während der Mittagspause zu erholen. Deshalb bitte ich Sie dringend, den Rückweisansatzantrag nicht anzunehmen. Die vorgesehene – in meinen Augen – wunderbare Lösung

ist kostengünstig.

Einstimmig beschliesst das Parlament, auf das Geschäft Park in Liebefeld einzutreten.

Parlamentspräsident Ignaz Caminada: Die Diskussion über den Rückweisungsantrag, der vom Gemeinderat fordert, seinen Antrag nochmals zu überprüfen und einen neuen mit einem Kostendach von 1,8 Millionen Franken vorzulegen, ist offen.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (GB): Ich führe aus: In der 1. Etappe soll Folgendes realisiert werden: Erdbewegungen und der Grundausbau für Wege und die Wiese. Der Bau des Weiher und die für die Reinigung des Wassers vorgesehene Pflanzenanlage. Die Beleuchtung des Querweges und der Weiheroberfläche. Einige wenige Spielanlagen, einige Sitzbänke sowie eine WC-Anlage. Das alles ist mit einem Kostendach von 1,8 Millionen Franken nicht zu realisieren. Ich bitte Sie nochmals, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Peter Antenen (FDP): Sind wir dem Siegerprojekt wirklich verpflichtet? Wir sind doch auch der Könizer Bevölkerung gegenüber in punkto Finanzen Rechenschaft schuldig. Dass dieses Projekt unbedingt realisiert werden muss, weil es das Siegerprojekt ist, ist in meinen Augen nicht notwendig. Der nun vorliegende Antrag für eine Kürzung des Kostendaches muss realisierbar sein. Ich bitte Sie, den Antrag von Niklaus Hofer anzunehmen.

Niklaus Hofer (SVP): Hugo Staub hat mir vorhin bilateral in Bezug auf das auf Seite 1 im Punkt Ausgangslage erwähnte Kostendach von 2 Millionen Franken eine Frage gestellt, welche ich wie folgt beantworte: Die Einhaltung dieses Kostendaches wurde mit der auf dem Tisch liegenden Vorlage nicht erreicht. Der Kreditantrag beläuft sich auf 2,19 Millionen Franken. Wenn der Kreditantrag nun auf 1,8 Millionen Franken gekürzt werden kann, stehen wir bei der Könizer Bevölkerung gut da. Der Park bereitet der Könizer Bevölkerung nämlich etwas Bauchweh.

Stephie Staub (SP): Ich war Mitglied der Begleitkommission Park in Liebefeld und wir haben, um Kosten sparen zu können, sehr viele Details äusserst intensiv und vertieft diskutiert und geprüft. Das Kostendach ist nun, trotz aller Abklärungen überschritten. Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen und dem Geschäft zuzustimmen.

Urs Maibach (GB): Die verlangte Kürzung des Kostendachs auf 1,8 Millionen Franken ist in meinen Augen völlig undifferenziert. Eine Kürzung um 200'000 Franken ist unverhältnismässig, denn damit sind wiederum Planungskosten verbunden. Die Frage stellt sich somit, ob diese zusätzlichen Planungskosten wiederum im tieferen Kostendach enthalten sein müssten. In der Bevölkerung sind sicher Stimmen vorhanden, die eine Kürzung des Kreditantrages befürworten würden. Andere wiederum wären sicher enttäuscht darüber, würde z. B. der vorgesehene Weiher nicht realisiert. Das Siegerprojekt wurde nicht einfach so zum Sieger erklärt, sondern weil es das beste war. Wir brauchen einen Park, welcher der breiten Bevölkerung Freude bereitet, der viel besucht wird. Ein viel besuchter Park ist ausserdem ein sicherer Park, denn die Sozialkontrolle funktioniert dort. Eine nicht vielbesuchte so genannte Volksallmend bietet allfälligem Vandalismus viel eher Vorschub. Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Alfred Arm (SP): Ich bitte um eine Versachlichung der Diskussion. In Beilage 4, Ausführungskredit 1. Etappe, sind in meinen Augen unverrückbare Zahlen aufgeführt. Für die Terraingestaltung und die Realisierung der Gartenanlagen sind fast 1 Millionen Franken eingestellt. Gekürzt werden könnten allenfalls die Positionen Sitzplätze und Spiel und Sport, was jedoch nicht einmal 100'000 Franken einsparen würde. Bei der Position Installationen (Beleuchtung) wird niemand für eine Kürzung votieren. Der Unterbau für die vorgesehenen Wege ist notwendig und hier wurden bereits Kompromisse vorgenommen. Die WC-Anlagen sind aus hygienischen Gründen notwendig. Auf keinen Fall sollte die Position "Platz am Weiher" gekürzt werden, ist dieser Platz doch das Goldstück des ganzen Parks. Die Diskussion wird vonseiten des bürgerlichen Blockes sehr pauschal geführt. Denken wir doch zwei oder fünf Jahre weiter. Dannzumal werden Sie alle stolz auf die schöne Anlage sein.

Daniel Oester (jfk): Ich habe Freude an der lebendigen Demokratie, die hier um 21.40 Uhr im Saal spürbar ist. Ich möchte zwei, drei Punkte anbringen. Mich stört die Wortwahl von Gemeinderätin Rita Haudenschild, wenn sie erklärt, das im Kreditantrag Enthaltene sei das absolute Minimum. Das Vorgeschlagene bietet in meinen Augen jedoch nur das besten Kos-

ten-/Nutzenverhältnis, stellt jedoch nicht das absolute Minimum dar. Mit dem Weglassen des Weihers sind z. B. sofort einige Hunderttausend Franken eingespart. Dies würde dann einer günstigen, aber nicht mehr der besten Variante entsprechen. Bereits anlässlich der Diskussion zum Verpflichtungskredit für den direkten Zugang von der Riedmoosbrücke zur Bahnstation Niederwangen bemängelte ich, dass uns quasi ein fertiges Projekt präsentiert wird, das keine Sparvorschläge enthält. Ich bezweifle, dass die Nichtrealisierung des Weihers so tragisch wäre. Die Jungfreisinnigen haben letzte Woche das Projekt "lebendige Demokratie" lanciert. Wir befanden uns fünf Tage lang auf der Strasse und erhielten sehr viele Reaktionen. Kein einziger Bürger oder Bürgerin hat uns jedoch gesagt, er wünsche einen Park. Nun stelle ich mir die Frage, ob wir im Parlament wirklich das diskutieren, was die Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Köniz bewegt oder ob wir hier Selbstunterhaltung betreiben. Das von Bernhard Bichsel erwähnte Zähneknirschen hat sich in dieser Diskussion noch verschärft. Sollte sich die Finanzlage der Gemeinde Köniz nicht verbessern und sich die laufenden Kosten zusätzlich noch erhöhen, werden wir uns gezwungen sehen, die Realisierung der 2. Etappe vehement zu bekämpfen. Hinter dem vorliegenden Antrag für die 1. Etappe können wir stehen.

Rolf Zwahlen (EVP): Anlässlich der Diskussion in der Fraktion suchten wir nach Punkten, wo Mittel eingespart werden könnten. Eine Wasserfläche ist wahrscheinlich notwendig, da es sonst nicht wirklich ein Park mehr ist. Weshalb muss jedoch dieser Weiher so tief sein?

Claudia Egli (SP): Für die Durchführung des Wettbewerbes wurden 108'000 Franken bezahlt. Im Rückweisungsantrag wird gefordert, dass der Antrag neu gestellt werden muss und das Kostendach höchstens 1,8 Millionen Franken betragen darf. Das entspräche der Park nicht mehr dem Siegerprojekt. Wir müssen uns für die Zukunft ernsthaft überlegen, ob die Durchführung solcher Wettbewerbe überhaupt noch Sinn macht, wenn wir aufgrund von Kostenfragen Kürzungen an Projekten vornehmen, die daraufhin nicht mehr den gewählten Lösungen entsprechen.

Hugo Staub (SP): Das Parlament soll nicht nur kritisch, sondern auch verlässlich sein und nicht allzu zufällige Entscheide treffen. Ich staune über den Rückweisungsantrag, der verlangt, dass das Kostendach um 200'000 Franken gekürzt werden soll. Diesem Kürzungsantrag fehlt in meinen Augen die sachliche Grundlage. Wir haben in diesem Parlament über die Projektierungs- und Wettbewerbsverfahren zum Park in Liebefeld lang und breit diskutiert und dafür einen Kredit beschlossen. Nun, bei der Vorlage des Projektes will man sich nicht mehr an die Vorgaben des Siegerprojektes halten, sondern erklärt, er solle billiger zu stehen kommen. Hier, anlässlich dieser Diskussion nun noch Sparanträge zu stellen, ist in meinen Augen der falsche Moment. Wie Stephanie Staub erklärte, ist der Wettbewerbskredit bereits ausgegeben, auch sind bereits Projektierungskosten bezahlt worden. Wenn wir nun etwas ganz anderes beschliessen, ist von diesen insgesamt rund 300'000 Franken etwa die Hälfte zum Fenster hinaus geworfenes Geld. Hinzu kämen dann neue Kosten für eine erneute Projektierung. Die Kosten einer etwaigen Rückweisung könnten ohne Weiteres rund 200'000 Franken betragen. Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Valentin Lagger (CVP): Der Antrag von Niklaus Hofer stellt in meinen Augen genau das dar, was IAFP – worüber wir gerade vorhin intensiv debattiert haben – ist: Wir haben ein Produkt, das heisst Park und das Parlament setzt das Kostendach fest. Danach wird es die operative Aufgabe des Gemeinderates sein, das Produkt in dem Umfang zu redimensionieren, damit es in den Kostenrahmen passt. In diese operative Aufgabe hat sich das Parlament nicht einzumischen. Betreffend Wettbewerbswesen: Ich bin nicht der Meinung, dass eine Kürzung des Kostendachs ein Angriff auf das Wettbewerbswesen ist.

Bernhard Bichsel (jfk): Zur Aussage, dass bei einer Rückweisung die dafür ausgegebenen 108'000 Franken Wettbewerbskosten zum Fenster hinaus geworfenes Geld seien, muss ich Folgendes sagen: Wenn ich z. B. einen Computer für 2'000 Franken bestelle, im Laden dann aber 2'500 Franken bezahlen muss, werde ich dem Verkäufer sicher sagen, er soll einen neuen zusammenbauen oder ihn für die vereinbarte Summe geben. 1,8 Millionen Franken Nettokosten sind immer noch mehr als das bewilligte Budget von 2 Millionen Franken, Hugo Staub. Die Bruttokosten werden sich auf 2,1 bis 2,2 Millionen Franken belaufen. Wenn in der Firma, in der ich arbeite, ein Projektleiter das Budget um 25 Prozent überzieht, kann er wahrscheinlich gehen.

Hanspeter Kohler (FDP): Ich komme nochmals auf das Thema Steuern zu sprechen. Wir finanzieren hier ein Projekt, das von Steuergeldern finanziert wird. Der Park wird jedoch nur von einem kleinen Teil der Bevölkerung genutzt werden. Die Bewohner der oberen Gemeinde oder des Wangentals werden den Park nicht benutzen. Bezahlen müssen alle, der Park befindet sich aber im Liebefeld.

Martin Graber (SP): Ich muss darauf eine Replik machen: Wir können nicht immer sagen, wenn wir irgendwo in der Gemeinde etwas bauen, es sei nicht für die ganze Gemeinde. Das war jetzt wirklich kein sachliches Votum mehr.

Christian Burren (parteilos): Ich stelle einen Ordnungsantrag: Wir sollten jetzt über den gestellten Rückweisungsantrag abstimmen.

Christian Roth (SP): In meinen Augen findet hier bereits ein Wahlkampf um etwaige Steuer-senkungen statt. Welches Signal wird mit dieser Debatte abgegeben? Wir erklären damit in meinen Augen das Parlament zum Basar, das grundsätzlich dem Gemeinderat nicht traut und ihm unterstellt, er leiste keine saubere Arbeit. In meinen Augen kann auch die Realisierung eines Parks nicht mit dem Kauf eines Computers verglichen werden, Herr Bichsel. Der Gemeinderat hat – wie Gemeinderätin Rita Haudenschild deutlich erklärte – mehrmals über die Kosten für die Realisierung des Parks debattiert. Dem Gemeinderat ist es gelungen, mit seiner umsichtigen Arbeit, viele Arbeitsplätze in die Gemeinde Köniz zu holen. Der Park ist in meinen Augen ein Standortvorteil, wenn sich jemand, der hier arbeitet, ernsthaft überlegt, in unsere Gemeinde zu ziehen. Das vorliegende Projekt ist für mich nicht einfach das Siegerprojekt, sondern ein der Gemeinde Köniz würdiges Aushängeschild. Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Der Antrag, die Diskussion über den Rückweisungsantrag zu beenden, wird grossmehrheitlich angenommen.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (GB): Vorhin wurde die Frage gestellt, weshalb ein Park realisiert werden muss. Zur Beantwortung dieser Frage zitiere ich aus der Botschaft für die Abstimmung vom 10. Juni 2001: "Die beiden Partner haben sich auf Folgendes geeinigt: Der Bund erhält von der Gemeinde 10'540 m² Bruttogeschossfläche Büronutzung. Im Gegenzug erhält die Gemeinde 15'000 m² Bruttogeschossfläche Wohnnutzung (entspricht ca. 120 Wohnungen), rund 36'000 m² Land für die Errichtung eines öffentlichen Parks." In der Botschaft wurde der Stimmbevölkerung mitgeteilt, wie hoch die Kosten sein werden. Ich zitiere wiederum: "Die öffentlichen Investitionen von schätzungsweise 3 bis 4 Millionen Franken werden ein Mehrfaches an privaten Investitionen auslösen und nebst den Einnahmen an Baurechtszinsen auch neue Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nach Köniz bringen." Dieser Grundlage stimmte die Stimmbevölkerung der Gemeinde Köniz zu. Dies auch bei der zweiten Abstimmung, die notwendig wurde, weil das Land nicht im Baurecht abgegeben, sondern verkauft wurde. Man einigte sich nach der Abstimmung auf ein Wettbewerbsverfahren und nicht auf eine Überbauungsordnung. Dagegen wurde nicht Opposition ergriffen. Aus dem Wettbewerbsverfahren wurde das vorliegende Siegerprojekt gewählt. Das Siegerprojekt war beileibe nicht das teuerste, sondern eines der günstigsten. Wenn man nun der Meinung ist, das Projekt Oxy-moron entspreche nicht mehr dem, was gewünscht ist, muss das gesamte Verfahren neu aufgelegt werden. Das vorliegende Projekt ist jedoch breit abgestützt durch die Begleitgruppe. Es wäre schade und kein gutes Signal an die Könizer Bevölkerung, wenn der Rückweisungsantrag angenommen würde. Ich bitte nochmals, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Der Rückweisungsantrag von Niklaus Hofer, dass der Gemeinderat den Antrag nochmals überprüfen und dem Parlament einen neuen mit einem Kostendach in der Höhe von 1,8 Millionen Franken Nettokosten exklusive Mehrwertsteuer zu unterbreiten hat, wird mit 15 : 20 Stimmen, bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Detailberatung

Kapitel 4

Hansueli Pestalozzi (GB): Zu Bernhard Bichsel: In meinem Votum sprach ich vom Strassencafé, das in die 2. Etappe gehört. Ich gehe jedoch davon aus, dass für die Realisierung desselben eine für die Gemeinde Köniz kostenneutrale Lösung gefunden werden kann, indem es

durch Private finanziert und gebaut wird. Auch für eine allfällige Fotovoltaikanlage könnten kostenneutrale Lösungen gefunden werden.

Mit 22 : 6 Stimmen, bei 9 Enthaltungen, fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Für die Realisierung der ersten Etappe des Parks im Dreispitz wird ein Kredit von CHF 2'190'000.00 zu Lasten Konto Nr. 140.503.0255 (Park Realisierung) zuzüglich allfälliger Teuerung bewilligt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (GB): Ich danke dem Parlament für den gefällten Entscheid. Ich habe den Eindruck, dass heute für die urbane Entwicklung in unserer Gemeinde, aber auch für einen Standortvorteil ein Meilenstein gesetzt wurde. Ich bin überzeugt, dieser Meilenstein ist auch gut für die städtische Entwicklung in der ganzen Region Bern. Sie haben ein Zeichen für die Bevölkerung von Köniz gesetzt und auch für unsere Jugend.

Parlamentspräsident Ignaz Caminada: Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit hat das Parlamentsbüro beschlossen, die Sitzung nach der Behandlung der drei dringlichen Vorstösse abubrechen und die Traktanden 8 bis 15 auf die Sitzung vom 17. September 2007 zu verschieben.

5. Dringliche überparteiliche Motion betr. Beiträge an die organisierte Kinder- und Jugendarbeit

Beantwortung 0711; Direktion Bildung und Sport

Valentin Lager (CVP): Zuerst danke ich dem Gemeinderat für die ebenso rasche wie positive Beantwortung der überparteilichen Motion. Wir sind sehr dankbar, dass er gewillt ist, das Ansinnen so rasch als möglich aufzunehmen. Ich gehe auf zwei kleine Punkte ein. Unsere Forderung ist mit Kosten verbunden, das ist klar. Ich gehe jedoch davon aus, dass alle Unterzeichnenden die Motion weiterhin mittragen. Der Antwort des Gemeinderates können wir entnehmen, dass die Erhöhung der Beiträge für Kinder im Vorschulalter einige Mehrkosten verursachen wird. Trotzdem möchte ich persönlich am gleich hohen Beitrag für Kinder und Jugendliche festhalten, weil die Betreuung von Kleinkindern wahrscheinlich ebenso viel Aufwand mit sich bringt wie die Betreuung älterer Kinder. Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort, dass eine Gesamtüberprüfung der Beitragsvoraussetzungen aus zeitlichen Gründen nicht erfolgen konnte. Ich gehe mit ihm einig, dass eine solche Überprüfung nötig ist und bin froh, dass er diese vorzunehmen gedenkt. Ich wäre dem Gemeinderat dankbar, wenn dem Parlament das Ergebnis dieser Überprüfung in geeigneter Form zur Kenntnis gebracht wird. Ich bitte Sie, die Motion gemäss dem Antrag des Gemeinderates anzunehmen.

Evelyn Bühler (FDP): Die August-Ausgabe der Könizer Zeitung sagte es bereits voraus und weil über drei Viertel der Parlamentsmitglieder den Vorstoss unterzeichnet haben und der Gemeinderat die Motion zur Annahme beantragt, sollten kaum Zweifel daran bestehen, dass sie heute erheblich erklärt wird. Ich sowie eine Mehrheit der FDP-Fraktion haben die Motion in der Überzeugung unterschrieben, dass somit wenigstens ein symbolischer Beitrag zur Anerkennung der wertvollen Kinder- und Jugendarbeit geleistet wird. Wir können mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen, dass der Gemeinderat bereits den Beitrag für das Jahr 2007 leicht erhöht hat und ab 2008 werden die Beiträge den Forderungen der Motion vollumfänglich entsprechen. Im überparteilichen Gedankenaustausch mit der KJGO (Könizer Jugendgruppenorganisation) und bei der Formulierung der Motion tauchten seinerzeit gewisse Fragen bezüglich Beiträge und Beitragsvoraussetzungen auf. Wir haben uns jedoch auf den vorliegenden Text als ersten Schritt geeinigt. Dass nun die Direktion Bildung und Soziales von sich aus eine Gesamtüberprüfung der Beitragsvoraussetzungen im Bereich Kind und Jugend durchzuführen beabsichtigt, ist in meinen Augen sehr gut. Die Mehrheit der FDP-Fraktion begrüsst dieses Vorhaben und wartet mit Interesse auf das Ergebnis. Ich bitte Sie, der Motion zuzustimmen.

Rita Sidler (SP): Auch die SP-Fraktion freut sich über die Motionsbeantwortung des Gemeinderates. Wir freuen uns, dass er die Wichtigkeit des Anliegens ernst nimmt und die Erhöhung der Beiträge bereits ins Budget 2008 aufnehmen wird. Die Motionäre schreiben im ersten Absatz, dass die Pro-Kopf-Beiträge "ungeachtet des Alters" zu erhöhen seien. Die SP-Fraktion

geht davon aus, dass dies von 0 - 16 Jahren gilt, denn die Kindheit beginnt nicht erst mit drei Jahren. In diesem Sinne betrachten wir das Ziel der Motion als erfüllt und werden dem Antrag des Gemeinderates zustimmen.

Elisabeth Rügsegger (SVP): Die Mitglieder der SVP-Fraktion unterstützen grundsätzlich die Anliegen der KJGO. Wenn man bedenkt, dass seit 1997 keine Teuerungsanpassung mehr vorgenommen wurde, ist die Forderung nach einer Erhöhung sicher gerechtfertigt. Wir befürworten auch die angemessene Beitragserhöhung 2007, welche vom Gemeinderat bereits eingeleitet wurde. Uns stellt sich lediglich die Frage, ob jetzt der richtige Zeitpunkt sei, die Erhöhung der Beiträge 2008 zu beschliessen. Wir lösen zusätzliche Ausgaben aus, ohne unsere finanzielle Grundsituation sicher zu kennen. Die SVP-Fraktion steht hinter dem Anliegen, jedoch ist der Zeitpunkt in unseren Augen nicht günstig.

Daniel Oester (jfk): Das Zähneknirschen der Jungfreisinnigen hört heute Abend nicht auf. Sich als Jungfreisinniger kritisch zu dieser Motion zu äussern, kann als äusserst gewagt bezeichnet werden. Zuerst der positive Punkt: Ich habe mich intensiv mit der Motion auseinandergesetzt und dadurch gelernt, wie vielfältig das Vereinsleben der Gemeinde Köniz ist. Es ist eine Riesenvielfalt vorhanden und sehr viele freiwillig arbeitende Personen sind mit Initiative und Herzblut am Vereinsleben der Gemeinde beteiligt. Weniger begeistert bin ich jedoch von der politischen Seite der Motion. Es wird ein sympathisches Thema aufgegriffen, die Mittel dafür werden gesprochen und danach folgt allgemeines Schulterklopfen. Wieder einmal wurde etwas gegen Gewalt und Drogen unternommen. Dies, ohne sich im Klaren über die finanziellen Hintergründe zu sein und wer überhaupt Anspruch auf diese Gelder hat. Ich habe nachgeschaut, wie hoch die Mitgliederbeiträge der einzelnen Vereine sind. Die Jahresbeiträge liegen in vielen Vereinen deutlich unter 100 Franken, meistens zwischen 15 und 50 Franken. Wenn man sich überlegt, dass ein Familien-Kino-Nachmittag heute deutlich mehr als 50 Franken kostet oder ein Skitag deutlich mehr als 200 Franken, ist es für mich unbegreiflich wie ein Verein, der seinen Mitgliedern zum grossen Teil wöchentlich gute Angebote bietet, lediglich 15 Franken Jahresbeitrag verlangt. Diese Rechnung stimmt für mich nicht. Ein Verein verlangt 15 Franken Jahresbeitrag, die Gemeinde bezahlt 30 Franken pro gemeldetes jugendliches Mitglied an den Verein. Hier stimmt in meinen Augen die Opfersymmetrie nicht mehr. In der Motion wird festgehalten, dass die Auslagen in der Kinder- und Jugendarbeit in verschiedenen Bereichen in den letzten Jahren teurer geworden seien. Dies kann ich als aktives Vereinsmitglied im FC Wabern nur bestätigen. Auch wird festgehalten, dass die Beiträge seit 1996 nicht mehr erhöht wurden. Hier gehe ich mit den Motionären einig, dass etwas unternommen werden muss. Ich merke an, dass während dieser Zeit auch die Beiträge der Vereine nicht wesentlich erhöht worden sind. Die ehrenamtliche Arbeit in der Gemeinde Köniz soll gefördert werden. Unter Förderung verstehe ich jedoch vor allem die Bereitstellung von Infrastruktur und wenn es sein muss, auch einen finanziellen Beitrag. Es kann jedoch nicht sein, dass der Beitrag der Gemeinde höher ist als der Mitgliederbeitrag des einzelnen Vereinsmitgliedes. Bei der Motion handelt es sich um eine Unterstützungsregelung oder um eine Subventionierung mit dem Giesskannenprinzip, welche die Jungfreisinnigen nicht unterstützen können, sei sie noch so sympathisch. Dass bei einer Ablehnung der Motion aber auch die unbestrittenen Empfänger der Gelder getroffen würden und da wir darauf vertrauen, dass Gemeinderat Ueli Studer und sein Team die Angelegenheit kritisch überprüfen werden, stimmen wir der Motion zu, werden das Thema jedoch aufmerksam weiterverfolgen.

Liz Fischli (GB): Die vorliegende Motion stützt sich auf einen Grundsatzbeschluss des Parlamentes aus dem Jahr 1981 für Beiträge an Vereine, Organisationen und Gruppen, welche sich im Kinder- und Jugendfreizeitbereich engagieren. Kinder- und Jugendarbeit ist nicht gratis, dafür werden Lokalitäten und Materialien benötigt; Versände müssen finanziert werden. Sponsorenläufe und Mitgliederbeiträge allein genügen dafür nicht. Mit der Annahme der Motion – und damit möchte ich sie in einen grösseren Zusammenhang stellen – wird die Bedeutung der ehrenamtlichen Tätigkeit im Kinder- und Jugendfreizeitbereich für alle Altersstufen in der Gemeinde Köniz anerkannt und konkret unterstützt. Wer selber Kinder und Jugendliche hat, weiss, dass diese Beiträge der Gemeinde sehr gut investiertes Geld sind. Denn er weiss, wie wertvoll und unverzichtbar die Arbeit der verschiedenen Gruppen und Organisationen ist. Gerade weil das Angebot sehr vielseitig ist, können Kinder und Jugendliche entsprechend ihrem Alter, ihren Interessen und ihrer Veranlagung sinnvolle und altersgerechte Tätigkeiten in ihrer Freizeit finden. Sie können auf spielerische Art und Weise verschie-

dene Fertigkeiten lernen und sich soziale Kompetenzen aneignen. Fertigkeiten und Kompetenzen die ihnen heute erleichtern, sich zu entwickeln und zu integrieren, damit sie sich morgen in Beruf und Gesellschaft einbringen. Es liegt auf der Hand, dass nicht nur Kinder und Jugendliche von den Angeboten und den Beiträgen der Gemeinde profitieren – im Jahr 2006 waren es gemäss Verwaltungsbericht 2'780 Kinder und Jugendliche –, sondern wir alle. Wenn es den Könizern Kindern und Jugendlichen gut geht, geht es uns allen gut und die Gemeinde Köniz gewinnt an Attraktivität für Familien. Die Fraktionsmehrheit der Grünen dankt dem Gemeinderat, dass er das Anliegen zustimmend entgegen nimmt. Leider wurden ab diesem Jahr projektbezogene Beiträge, die bis anhin auch ausgerichtet wurden, gestrichen. Weshalb ist nicht klar. Es gibt jedoch Gruppen, die keine Pro-Kopf-Beiträge brauchen, sondern projektbezogene Beiträge. So ist es z. B. für juristisch nicht organisierte Gruppen ohne Mitgliederliste schwierig oder unmöglich Pro-Kopf-Beiträge zu beantragen. Unter Umständen führen diese Gruppierungen jedoch gute Anlässe durch, die einen projektbezogenen Beitrag rechtfertigen würden. Diesen Anliegen sollte aus unserer Sicht bei der Gesamtüberprüfung, die der Gemeinderat in Aussicht stellt, Rechnung getragen werden. Die geltende Regelung steht in punkto Klarheit und Transparenz auf etwas wackligen Beinen. Für die Fraktion der Grünen ist es deshalb notwendig, die geltende Praxis für Pauschalbeiträge zu überprüfen und in Bezug auf die Anspruchsvoraussetzungen und Beitragsarten eine zukunftsgerichtete, klare und transparente Lösung zu suchen.

Alfred Arm (SP): Zuerst eine kritische Bemerkung zur kritischen Bemerkung von Daniel Oester: Anlässlich einer Sitzung mit den Jugendorganisationen wurde uns glaubhaft versichert, dass die kaum beeinflussbaren Kosten in den Vereinen stark gestiegen sind. Vor allem die Versand- und Materialkosten, wie auch die Ausbildungskosten der Betreuenden und die Ruummieten. Soweit sind Subventionen gerechtfertigt. Die Motion hat in meinen Augen einen Schönheitsfehler, es handelt sich hier um das alt bekannte und nicht beliebte Giesskannenprinzip. Ursprünglich war die Idee von Projektbeiträgen vorhanden, d. h. es werden, anstelle der Ausrichtung von Pro-Kopf-Beiträgen, Projekte von Vereinen oder Organisationen unterstützt. Mit der Äufnung eines Fonds, könnten Projekte unterstützt werden, die in Richtung Vernetzung, Prävention und Integration gehen. Diese Projektförderung ist in meinen Augen wichtiger als die Pro-Kopf-Beiträge an Vereine und Organisationen. Das Giesskannenprinzip ist veraltet.

Ursula Wyss (GFL): Ich habe als eine der ganz Wenigen im Parlament die Motion nicht unterzeichnet. Dies nicht, weil ich gegen die finanzielle Unterstützung von Kinder- und Jugendarbeit wäre. Im Gegenteil, das ist etwas absolut Wichtiges. Ich habe sie nicht unterschrieben, weil in meinen Augen einerseits das gewählte Vorgehen nicht gut ist und ich andererseits gegen das Giesskannenprinzip bin. Aus meiner Sicht muss nun zuerst die Gesamtüberprüfung vorgenommen werden. Wie in der Motionsbeantwortung aufgeführt, wird das auch in Aussicht gestellt. Erst danach sollen Beschlüsse gefasst werden. Leider wird es hier umgekehrt gemacht. Dies mit dem Risiko, dass nochmals über Zahlen gesprochen werden muss. Laut dem heutigen Merkblatt erhält jeder Verein oder jede Organisation einen Pro-Kopf-Beitrag pro Kind oder Jugendlichen. Die Auflistung auf dem Merkblatt ist jedoch etwas schwammig. Ein Verein, der sehr viel für seine Mitglieder tut, wie z. B. die Pfadfinder, erhält denselben Beitrag pro Mitglied wie jener, der vielleicht einmal pro Monat für zwei Stunden etwas anbietet. Das ist in meinen Augen nicht gerecht. Die Beiträge müssen unbedingt abhängig vom jeweiligen Angebot gemacht werden. Meiner Meinung nach müssen die projektbezogenen Beiträge – deren Streichung mich stört – unbedingt wieder ermöglicht werden. Nur so können Aktivitäten unterstützt werden, die einmaligen Charakter haben, aber nicht weniger wichtig sind und ebenfalls zur Prävention beitragen. Ich hoffe, dass die beiden Punkte in die Gesamtüberprüfung einfließen und genau geprüft werden. Nach langem Überlegen werde ich der Motion – contre coeur – zustimmen.

Anna Mäder (SP): Eine kurze Bemerkung zu Daniel Oester: In meinen Augen ist hier ein grosses Missverständnis vorhanden. Die Pro-Kopf-Beiträge werden an gemeinnützige Vereine ausgerichtet, die ehrenamtliche Arbeit leisten. Für ehrenamtliche Tätigkeiten Personen zu finden, ist ein grosses Problem. Mit Mitgliederbeiträgen ist es schlicht unmöglich, die Freiwilligenarbeit zu bezahlen. In den Vereinen wird auch immer mehr Arbeit geleistet, die früher direkt von der Gemeinde ausgeführt wurde. Vereinsbeiträge sind in meinen Augen nicht dazu da, solche Aktivitäten zu finanzieren, also bleibt nichts anderes übrig, als dass das Gemein-

wesen hier unterstützend eingreift.

Daniel Oester (jfk): Es handelt sich nicht um ein Missverständnis, Anna Mäder. Vereine wie z. B. der FC Wabern müssen 250 Franken Jahresbeitrag verlangen, andere kommen mit 15 Franken aus. Ich habe jedoch Mühe damit, dass alle Vereine gleich hohe Pro-Kopf-Beiträge erhalten.

Stephie Staub (SP): In meinem Turnverein bezahle ich 150 Franken Jahresbeitrag und kann so oft trainieren gehen wie ich will. Jedes Jahr nehme ich an der Jahresversammlung der KJGO teil. Auf der einen Seite sitzen jeweils die Jugendarbeiter und die Präsidentin der KJGO, welche bezahlt sind und auf der anderen Seite die nicht bezahlten freiwilligen Helfer und die Besucher. Die freiwilligen Helfer leisten Gewaltiges in der Jugendarbeit und sind froh, mithilfe des Pro-Kopf-Beitrag der Gemeinde wenigstens einen – zudem meist vorgeschriebenen oder obligatorischen – Kurs besuchen zu können.

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich danke für die wohlwollende Aufnahme der Antwort des Gemeinderates. Es ist kein Geheimnis, dass die Motionäre bei mir offene Türen eingernnt haben. Natürlich Ursula Wyss, zuerst fertig denken und dann handeln ist der bessere Weg. Mit der Dringlichkeitserklärung der Motion liess mir das Parlament dafür nicht genügend Zeit. In der Motionsbeantwortung erkläre ich aber, dass die Angelegenheit überarbeitet und neu überdacht wird, denn gewisse Ungerechtigkeiten sind vorhanden. Auch muss die Regelung transparenter werden. Wir werden das Parlament zu gegebener Zeit informieren.

Valentin Lagger (CVP): Einige Worte zur Gesamtüberprüfung der Beitragsvoraussetzungen. Anlässlich der Sitzung mit der KJGO war die Streichung der projektbezogenen Beiträge per 2007 ein grosser Diskussionspunkt. Ausserdem sind die Voraussetzungen für den Erhalt von Beiträgen nicht richtig klar. Das führt in meinen Augen dazu, dass diese Beiträge etwas zufällig verteilt werden. Ich baue darauf, dass die Überprüfung zu einer Lösung führt, die für alle annehmbar sein wird. Ich empfehle, die KJGO in die Überprüfung miteinzubeziehen.

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich weise Valentin Lagger darauf hin, dass der Gemeinderat die Termine für die Einreichung von Gesuchen in diesem Bereich festgelegt hat. In der Gesamtüberprüfung wird diesem Punkt ein spezielles Augenmerk gegeben. Die KJGO wurde bis anhin immer in solche Fragen miteinbezogen.

Grossmehrheitlich fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Die dringliche überparteiliche Motion betr. Beiträge an die organisierte Kinder- und Jugendarbeit (0711) wird erheblich erklärt.

6. Dringliches Postulat SP betr. Immissionsmessungen beim Belagswerk Weibel in Oberwangen

Beantwortung 0713; Direktion Umwelt und Landschaft

Claudia Egli (SP): Die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat in erster Linie herzlich, dass das Schwerölverbot beim Belagswerk Weibel durchgesetzt wurde. Das zeigt uns, dass die Bemühungen nun Früchte tragen. Dieses Verbot bedeutet der Bevölkerung von Oberwangen sehr viel. Der zweite Dank bezieht sich auf die Beantwortung des Postulates, wo der Gemeinderat festhält, er sei bereit, die Messreihe um zwei Monate, d. h. bis 5. November 2007 zu verlängern. Die SP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates auf Annahme des Postulates und Abschreibung zustimmen. Wir weisen jedoch auf Folgendes hin: Der Gemeinderat macht in seiner Beantwortung darauf aufmerksam, dass infolge der nassen Witterung gewisse Messungen ausgesetzt oder neu angepasst werden mussten. Im Herbst kann die Witterung durchaus auch wiederum nass sein. Wenn nicht gemessen werden kann, bitte ich, dies in die Berechnungen einzubeziehen und falls notwendig, die Messdauer wiederum zu verlängern. Nur mit der Erstellung von so genannten Kurven, d. h. vielen Messungen, können in unseren Augen objektive Resultate erzielt werden. Ich bin jedoch überzeugt, dass nun einige Schritte in die richtige Richtung gemacht wurden, was die Bevölkerung von Oberwangen wohlwollend stimmten. Aus diesem Grund sind wir zuversichtlich, dass der Gemeinderat etwas unternehmen wird, sollten bei den Messungen Überschreitungen der Grenzwerte festgestellt werden. Ich frage den Gemeinderat an, was er in diesem Fall zu tun gedenkt. Wird z. B. die

Messdauer automatisch verlängert? Ich bitte den Gemeinderat, die Gesamtsanierung des Belagswerks Weibel voranzutreiben.

Rolf Zwahlen (EVP): Die CVP/EVP-Fraktion unterstützt das Anliegen, dass beim Belagswerk Weibel in Oberwangen Messungen vorzunehmen sind. Wir regen an, dass die Resultate zu gegebener Zeit und für den Laien verständlich, veröffentlicht werden.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (GB): Mit diesem Postulat wurden offene Türen eingearbeitet. Die Messungen wurden, soweit möglich, bereits vorgenommen. Ich zeige nun das weitere Vorgehen auf: Am Donnerstag 23.8.2007 wurden die in einem früheren Postulat verlangten Emissionsmessungen vorgenommen. Eine schriftliche Auswertung der Emissions- und Immissionsmessungen wird Ihnen nach dem Vorliegen aller Resultate zugestellt. Die ersten Messresultate gebe ich hier übersichtsmässig bekannt: Die Messungen wurden durch eine spezialisierte Firma vorgenommen. Sie verglich ihre Messungen mit jenen vom Juni 2001. Gemessen wurden Staub, Stickoxid und Schwefeldioxide. Die Staub- wie auch die Stickoxidmessungen ergaben Werte knapp unter dem Grenzbereich, beim Schwefeldioxid müssen die Resultate noch abgewartet werden, denn diese Werte werden mit den verschärften Grenzwerten der Luftreinhalteverordnung verglichen. Gasförmige organische Verbindungen können nicht mit der Luftreinhalteverordnung verglichen werden, da keine Grenzwerte vorhanden sind. Die Geruchsmessungen ergaben Folgendes: Es wurde festgestellt, dass die Geruchskonzentrationen deutlich tiefer liegen als bei der letzten Messung. Da die Produktion infolge der nassen Witterung im Frühling nicht auf Hochbetrieb lief, konnten die Immissionsmessungen entsprechend reduziert vorgenommen werden. Ich gebe erste Resultate der Messungen bis Ende Juli bekannt: An drei Messstellen wurden in der Umgebungsluft der Staub (partikelförmiger Niederschlag), Stickstoffdioxid und Schwefeldioxid gemessen. Beim Staub zeigen die Messungen, dass knapp die Hälfte des Jahresmittelgrenzwerts nach Luftreinhalteverordnung (Dauerbelastung) erreicht ist. Die Stickstoffdioxidmessungen lagen im Februar knapp unter dem Jahresgrenzwert und im Sommer noch tiefer. Stickstoffdioxid ist jahreszeitenabhängig, da dieser Schadstoff auf Verbrennung zurückzuführen ist. Schwefeldioxid ist in dem Sinn ein besonderer Schadstoff, da er brennstoffgebunden ist, d. h. er kommt nur dann zum Vorschein, wenn vorher ein schwefelhaltiger Brennstoff (Schweröl) verbrannt wurde. Die Messresultate ergaben Werte weit unter dem Grenzwert.

Mehrheitlich (Annahme Postulat) und einstimmig (Abschreibung), fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Das dringliche Postulat SP betr. Immissionsmessungen beim Belagswerk Weibel in Oberwangen (0713) wird erheblich erklärt und abgeschrieben.

7. Dringliches Postulat SP betr. Vorverkaufsstelle für das Stadttheater Bern in einem öffentlichen Gebäude der Gemeinde Köniz

Beantwortung 0715; Direktion Bildung und Sport

Anna Mäder (SP): Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung des Postulates. Ich hätte gerne eine andere Antwort erhalten, kann jedoch die aufgeführten Gründe, weshalb es nicht möglich ist, eine gemeindeeigene Vorverkaufsstelle einzurichten, im Wesentlichen nachvollziehen. Ich sehe in der gemeinderätlichen Antwort einen gewissen Widerspruch: Einerseits wird erklärt, das Personal der Loge sei so hoch belastet, dass es nicht möglich sei, eine Vorverkaufsstelle einzurichten; andererseits wird unter dem Punkt weiteres Vorgehen vorgeschlagen, dass an der Loge denjenigen Personen beim Online-Billetkauf geholfen wird, die keinen Internetanschluss haben, oder mit dem Internet nicht gut zurecht kommen. Möglicherweise erwartet der Gemeinderat einen kleineren Aufwand für Hilfestellungen als für eine eigentliche Vorverkaufsstelle. Das mag sein, ist zum heutigen Zeitpunkt jedoch schwer abzuschätzen. In meinen Augen ist die Idee eines Angebotes von Hilfestellung gut. Zuerst soll geprüft werden, wie intensiv es genutzt wird. Gut finde ich auch, nach der Auswertung der ersten Erfahrungen allenfalls die Einrichtung eines Billettautomaten zu prüfen. Es ist aber wichtig, das Vorhandensein eines solchen Angebotes zu publizieren. Ebenso richtig ist in meinen Augen, dass das Stadttheater ersucht wird, das Angebot der Raiffeisenbank für die Einrichtung einer Vorverkaufsstelle in der Filiale Köniz, anzunehmen oder im Vidmar selber eine

Vorverkaufsstelle anzubieten. Schlussendlich geht es darum, dass für die Einwohnerinnen und Einwohner von Köniz die Möglichkeit besteht, die Billette in Köniz zu kaufen. Insofern stimme ich dem Antrag des Gemeinderates auf Ablehnung des Postulates zu.

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich gebe folgende Berichtigung bekannt: Der Presse war letzte Woche zu entnehmen, die Raiffeisenbank sei bereit, in ihren Räumlichkeiten eine Vorverkaufsstelle für das Stadttheater Bern einzurichten. Diese Aussage stimmt so nicht. Die Raiffeisenbank ist bereit, die Zurverfügungstellung eines solchen Angebotes zu prüfen. Insofern ist die Beantwortung des Postulates zu offensiv gefasst. Wie weit diese Prüfung der Raiffeisenbank ist, kann ich nicht bekanntgeben. Wir haben in dieser Richtung bereits seit ein- einhalb Jahren Kontakt mit dem Stadttheater Bern und haben die Verantwortlichen darauf verwiesen, Verhandlungen mit Privaten aufzunehmen. Es ist Aufgabe des Stadttheaters Bern für Vorverkaufsstellen besorgt zu sein. Zu Anna Mäder, die einen gewissen Widerspruch in der gemeinderätlichen Antwort festgestellt hat: Das Personal der Loge hat sehr viele verschiedene Aufgaben zu erfüllen und wir können nicht mehr anbieten als Anleitungen oder Hinweise für Personen, die Mühe mit der Benutzung des Internet haben. Wir sind sehr stolz darauf, dass das Stadttheater in den Vidmarhallen eine zweite Spielstätte eröffnet hat und der richtige Standort für einen allfälligen Billettautomaten wäre in diesen Räumlichkeiten.

Grossmehrheitlich, fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Das dringliche Postulat SP betr. Vorverkaufsstelle für das Stadttheater Bern in einem öffentlichen Gebäude der Gemeinde Köniz (0715) wird abgelehnt.

16. Verschiedenes

Folgende Vorstösse sind eingereicht worden:

0718 Interpellation FDP/jfk betr. Missbrauch und Controlling bei der individuellen Sozialhilfe

0719 Dringliche Motion FDP betr. Budgetvariante mit reduzierter Steueranlage. Die Dringlichkeit wurde vom Parlamentsbüro nicht gewährt.

0720 Postulat SP Köniz betr. Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Das Patchwork an familienexterner Kinderbetreuung zu einem Ganzen zusammenfügen

Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich arbeite noch eine Pendeuz aus der letzten Sitzung ab: Im Zusammenhang mit der Motion betr. Alkohol- und Tabakwerbeverbot (0424) reichte der Gemeinderat einen Antrag für Fristverlängerung ein. Das Parlament schrieb diese Motion ab und die Frage tauchte auf, ob die Abschreibung zulässig sei. Die rechtlichen Abklärungen ergaben, dass die Abschreibung der Motion zulässig ist. Wichtig ist, dass Fristverlängerungen, entsprechend auf der Traktandenliste traktandiert sind. Im Rahmen des allgemeinen Antragsrechts, über das jedes Parlamentsmitglied verfügt, kann in Abweichung des Gemeinderates die Abschreibung anstelle einer Fristerstreckung beantragt werden.

Gemeinderätin Judith Ackermann (FDP): Ich kann Ihnen eine erfreuliche Mitteilung in Bezug auf den Anbau Polizeigebäude Köniz machen: Die Frist für das fakulative Referendum ist ungenutzt abgelaufen und der Regierungsrat hat den Mietvertrag genehmigt. Somit werden morgen im wahrsten Sinne des Wortes für den offiziellen Spatenstich die "Bagger auffahren".

Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): An der letzten Parlamentssitzung, an welcher ich abwesend war, tauchte die Frage auf, ob die Aufstellung von weiteren Geschwindigkeitsmessenanlagen geplant sei. Es sind keine geplant. Nach der Einführung von Police Bern wird die Kamera für mobile Messungen in einen der bisherigen Standorte eingebaut. Somit werden jeweils vier statt drei Standorte für Geschwindigkeitsmessungen ausgerüstet sein.

Christoph Salzmann (SP): Mit Bestürzung musste nicht nur die SP, sondern auch andere an sozialen Fragen interessierte Kreise von der Schliessung der Gastrothek in Köniz Kenntnis nehmen. Ich danke Gemeinderat Ueli Studer für die ausführlichen Informationen, die der KSF und der GPK über die Hintergründe der Schliessung abgegeben wurden. Nach zufälligen Gesprächen mit Verantwortlichen des beco kommt das Gefühl auf, dass in der Zusammenarbeit zwischen Kanton, Gemeinden und Region nicht alles immer zum Wohle der Sache klappt. Zu sehr muss jede Ebene auf ihren eigenen Finanztopf Rücksicht nehmen. Das soll

keine Schuldzuweisung gegen irgendjemand sein, sondern eine Feststellung. Wenn Gemeinderat Ueli Studer mit seiner Crew prüft, ob das Projekt Gastro in Form eines BIAS (Beschäftigungs- und Integrationsprogramm für arbeitslose Sozialhilfeempfangende) fortgesetzt werden könnte, bin ich darüber erfreut und hoffe auf ein gutes Ende. In den Legislaturzielen hat der Gemeinderat den Sinn von Anstrengungen der öffentlichen Hand zur Integration von Sozialhilfe Empfangenden erkannt, damit diese nicht zu Sozialrentner und -rentnerinnen werden. Tätigkeiten in der Verpflegung bieten, ähnlich wie in der Landwirtschaft, gute Möglichkeiten zum Einüben so genannter Arbeitstugenden, weil positive und negative Auswirkungen des eigenen Tuns unmittelbar erlebt werden können. Der Gemeinderat soll den Mut dazu haben, auch wenn es kurzfristig etwas kostet. Jede integrierte Person reduziert langfristig das Sozialbudget, was schlussendlich wirtschaftliches Handeln wäre.

Bernhard Bichsel (jfk): Zu zwei Vorstössen (0712, Interpellation betr. Schaffung von Praktikums- und Lehrstellen; 0717, Postulat betr. Vaterschaftsurlaub für Gemeindeangestellte) wurde der Antrag für Fristverlängerung erst nach Ablauf der Beantwortungsfrist gestellt.

Parlamentspräsident Ignaz Caminada: Die Frist für die Beantwortung des Postulates (0717) läuft im Oktober 2007 ab und jene für die Beantwortung für die Interpellation (0712) ist am 18. August 2007 abgelaufen. Das Gesuch um Fristverlängerung wurde am 15. August 2007 eingereicht.

Stephie Staub (SP): Im Zusammenhang mit der Zukunftswerkstatt, die auf dem Schlossareal stattgefunden hat, möchte ich Gemeinderat Ueli Studer, der Kulturbeauftragten Martha Häberli und Bettina Michaelis, die das Konzept leitete, herzlich für den sehr interessanten Tag danken. An ihrem freien Samstag haben sich mehr als 70 Personen mit dem Thema Schloss auseinandergesetzt. Neun Arbeitsgruppen präsentierten am Ende der Veranstaltung ihre Ideen: Das Schloss z. B. als Kulturort, als Bistrobetrieb oder als humanitärer Ort mit einem Ziel oder als Gewerbebetrieb. Wenn jemand Interesse hat oder sich damit befassen will, kann er sich auf www.schloss-koeniz.ch einbringen.

Parlamentspräsident Ignaz Caminada: Ich wünsche allen, trotz der späten Stunde, noch einen schönen Abend. Die nächste Sitzung findet am 17. September 2007, 19.00 Uhr statt.

Schluss der Sitzung um 22.55 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Der Präsident

Der Sekretär

Ignaz Caminada

Markus Heinzer